

BLICKPUNKT BUNDESTAG



Juli 5/2004
2,00 Euro
ISSN 14359146
G10624

Abgeordnete
im Bundestag:

Gestalten, verändern, bewegen

Sonderthema: Sitzungswoche
Eine lange Woche mit langen Tagen

EDITORIAL



Stefan Thomas.

Liebe Leserin, lieber Leser,

es gibt viele Jobs, die von Montag bis Freitag dauern, Berufe, bei denen im Schichtdienst gearbeitet wird, auch an Wochenenden und an Feiertagen. Berufe, bei denen genau auf die Uhr geschaut wird, und es gibt auch solche, bei denen das nicht so wichtig ist – und dann gibt es da noch Menschen, auf die von all dem etwas zutrifft, **die Abgeordneten**.

BLICKPUNKT BUNDESTAG versucht am Beispiel einer Sitzungswoche in Berlin darzustellen, welchen festen Zeitplan die Abgeordneten vor sich haben und nach welchen Regeln die parlamentarische Arbeit zu bewältigen ist.

Wo ist ihr eigener Spielraum und was können eigentlich die einzelne Abgeordnete und der einzelne Abgeordnete für sich am Ende als Erfolg verbuchen? Diese Frage konnten wir natürlich nicht allen 602 Mitgliedern des Deutschen Bundestages stellen. So beließen wir es bei einer Auswahl von Abgeordneten: Deren Antworten zeigen, dass es entgegen der landläufigen Meinung für die

Einzelne oder den Einzelnen sehr viele Möglichkeiten gibt, um zu **gestalten**, zu **verändern** und zu **bewegen**.

Ein interessanter Beitrag ist auch diesmal der Blick hinter die Kulissen – oder besser: der Blick in die Regale. Können Sie sich vorstellen, aus 23 Millionen Zeitungsausschnitten genau den Artikel aus dem Jahre 1977 zu finden, den Sie schon so lange gesucht haben? Zum einen ist diese Zahl schon abschreckend, aber das ist nicht alles, was in der **Pressedokumentation** vorgehalten wird. Da liegen einige Schätze, teilweise zurückgehend bis auf das Jahr 1848. Begleiten Sie die Kollegin durch dieses kleine Reich.

Das Thema Haushalt ist ein Dauerbrenner. Aus gutem Grund, denn der Bundeshaushalt steht unter großem Druck. Steuern rauf oder runter? Was ist mit den Renten? Mehrwertsteuer erhöhen oder Solidaritätszuschlag herunterfahren? Wir haben die Fraktionen gefragt, welche **Wege aus der Haushaltsmisere** möglich sind.

Einen besonderen Hinweis möchte ich für unsere jüngeren Leser geben und auf den Beitrag über das **Parlamentarische Patenschaftsprogramm** hinweisen. Vielleicht möchten Sie gern ein Jahr im Ausland leben und lernen, wussten bisher jedoch nicht, an wen Sie sich wenden können.

Stefan Thomas

I N H A L T



Titel

- 4 Gestalten, verändern,
bewegen
Abgeordnete im Bundestag



Details im Bundestag

- 14 Luftige Verbindungen
Brücken und Galerien



Panorama

- 46 Ein Jahr Botschafter sein
Parlamentarisches
Patenschaftsprogramm

Essay

- 3 Das unverstandene
Parlament
Von Werner J. Patzelt

Tagesläufe

- 10 Ausnahmezustand
zwischen gestern und
morgen
Die Abgeordnete Gesine Löttsch

Cullen

- 16 Von Kochkunst bis
Sexualwissenschaft

Menschen im Bundestag

- 33 Nun sind alle Schätze unter
einem Dach
Die Bundestagsmitarbeiterin
Doris Buhr-Engel

2 Inhalt

Debatte

- 36 Wege aus der
Haushaltsmisere
Forum: Haushalt
41 Wenn der Staat
eingreifen soll
John Maynard Keynes
42 Keine Kohle mehr?
Streitgespräch: Subventionen

Panorama

- 45 Spurensuche
Begegnungen im
Parlamentsviertel
48 Drei Fragen an
Abgeordnete
Dorothee Mantel, CDU/CSU,
antwortet

- 48 Buchtipp
Von Margrit Wetzel, SPD
49 Mitmischen.de
Das Jugendforum des
Deutschen Bundestages
49 Impressum

Sonderthema Sitzungswoche

- 18 Eine lange Woche
mit langen Tagen
20 Die Sitzungswoche
32 Infos zum Thema

von Werner J. Patzelt

Was ist leichter, als ein Parlament zu verstehen? Da kommen Leute zusammen, ringen in öffentlichem Streit um Positionen und treffen dann Entscheidungen. Diese Leute schulden uns Rechenschaft, weil wir es in der Hand haben, sie abzuwählen.

Doch was ist schwerer, als unsere Parlamente zu verstehen! Im Plenarsaal kommt meist nur eine kleine Minderheit der Abgeordneten zusammen. In ihren Reden tauschen sie längst bekannte Argumente aus, ohne an der Position des Gegners etwas zu ändern. Meist praktizieren sie Fraktionsdisziplin. Und abwählen kann man sie meist auch nicht, weil sie auf Parteilisten abgesichert sind.

Warum dieser Widerspruch? Das populäre Grundverständnis vom Wesen eines Parlaments ist zu eng, fixiert auf das bloß Grundsätzliche. Es erfasst nicht jene Vorkehrungen, mit denen die Leitidee des Parlamentarismus realisiert wird. Also vermutet man eine Abweichung des Ist vom Soll, wo nur das Verstehen hinter dem zu Begreifenden zurückbleibt. Vor allem hier.

Parlamente praktizieren Arbeitsteilung. Das Plenum ist nur die Spitze des Eisbergs. Viel wichtiger sind die Ausschüsse, Arbeitsgruppen und Vollversammlungen der Fraktionen, die parlamentarischen Führungsgremien. Doch die meisten wissen wenig von anderen Stätten parlamentarischer Arbeit als dem Plenarsaal. Der steht zwar im Mittelpunkt der Berichterstattung, aber nur vom Plenarsaal aus lässt sich ein Parlament nicht verstehen.

Obendrein können Parlamente ganz verschieden funktionieren. Eines zu kennen, hilft noch nicht beim Verstehen jedes anderen. Der zentrale Unterschied: Kann ein Parlament die Regierung stürzen? Hat es sogar die Aufgabe, die Regierung zu bilden? Letzteres gilt für alle deutschen Parlamente. ‚Parlamentarisches‘ Regierungssystem ist die Bezeichnung dafür. Doch andere Parlamente, etwa das der

USA, haben diese Aufgabe nicht. Dort wird ein Präsident als Chef der Regierung unabhängig vom Parlament bestellt. Und was in so einem ‚präsidentiellen‘ Regierungssystem richtig ist, kann im parlamentarischen Regierungssystem ganz falsch sein.

Denn alles ändert sich, wenn die Parlamentsmacht bis zum Sturz der Regierung reicht. Dann verschmelzen nämlich Regierung und regierungstragende Mehrheit zu einer gemeinsam handelnden Mannschaft: Aus dem alten Dualismus von Parlament und Regierung wird der neue Dualismus von Regierungsmehrheit und Opposition. Natürlich kann man die Politik und Minister der eigenen Regierung auch demontieren. Doch sinnvoll ist das nicht: Der Bürger schließt daraus, die Regierungsmehrheit sei mit ihrem Latein am Ende. Und weil zerstrittene Oppositionsfraktionen genauso öffentliches Ansehen einbüßen, zwingt das parlamentarische Regierungssystem auch sie zur Mannschaftsdisziplin.

Das also ist die Ursache des angeblichen ‚Fraktionszwangs‘. Sehr viele Bürger verstehen sie einfach nicht. Viele lehnen schon ab, dass die Regierung überhaupt aus dem Parlament hervorgeht. Nicht wenige kommen auch mit der Rolle von Parteien nicht zurecht: dass es bei der Wahl vor allem um sie und ihre Spitzenkandidaten geht, und dass sie eine Art Haftung dafür übernehmen, dass ihre Abgeordneten auch nach der Wahl keine andere Politik betreiben, als vor der Wahl in Aussicht gestellt.

Was ist da los? Es wird versucht, unser modernes, von starken Parteien getragenes parlamentarisches Regierungssystem mit einem veralteten Parlamentsverständnis zu begreifen. Das muss misslingen. Was dann? Wir sollten das deutsche Parlamentarismusedenken modernisieren, nicht aber unser parlamentarisches Regierungssystem rückentwickeln.



WERNER J. PATZELT, geboren 1953, lehrt als Professor am Institut für Politikwissenschaft der Technischen Universität Dresden. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten gehören die Parlamentarismusforschung und der Vergleich politischer Systeme. Neben zahlreichen Artikeln veröffentlichte er unter anderem die Bücher „Abgeordnete und Repräsentation. Amtsverständnis und Wahlkreisarbeit“ (1993), „Abgeordnete und ihr Beruf. Interviews, Umfragen, Analysen“ (1995), „Parlamente und ihre Symbolik“ (2001), „Parlamente und ihre Funktionen“ (2003). In seiner Freizeit ist er Chorleiter und spielt Violoncello.





602 Abgeordnete zählt der Bundestag – da versteht es sich von selbst, dass das Publikum nicht jeden Einzelnen von ihnen kennen kann. Vielleicht die Regierungsmitglieder, vielleicht die Fraktionsspitzen. Aber was ist mit den einzelnen Abgeordneten? Haben sie trotzdem Einfluss? Können sie eigene Ideen verwirklichen?

Eine Umfrage quer durch die Fraktionen brachte die übereinstimmende Einschätzung: Und wie!

Abgeordnete im Bundestag

Gestalten Verändern Bewegen

Text: Gregor Mayntz

Fotos: Deutscher Bundestag, studio kohlmeier

**CHRISTIAN LANGE, SPD**

„Fast vier Jahre habe ich daran gearbeitet, dass die Verhaltensregeln für Abgeordnete zu mehr Transparenz führen – lange vergeblich, aber als durch Skandale das Thema ins öffentliche Interesse

rückte, konnte ich mich vor Anfragen kaum retten. Und tatsächlich gelang die Änderung: Man muss Medien-Hypes gut nutzen.“

**ROLAND GEWALT, CDU/CSU**

„Leichter politischer Druck erleichtert mitunter die Entscheidungsfindung. Und das kann man gut auch aus der Opposition heraus. So erreichte ich durch einen Antrag, dass der Ältestenrat beschloss, den Volkstrauertag mit

dem Volksbund nicht mehr jährlich im Plenarsaal zu begehen.“

MICHAELE HUSTEDT, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

„Unterhalb der Schwelle der Topthemen kann der einzelne Abgeordnete, die einzelne Abgeordnete unglaublich viel bewegen. Denn 98 Prozent aller Regelungen sind nicht Chefsache. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz beispielsweise ist aus dem Parlament gekommen, in den Fraktionen erarbeitet worden. Der Motor waren hier die Abgeordneten.“

**CLAUDIA WINTERSTEIN, FDP**

„Etwas zu bewegen, fällt in der Opposition schwerer, aber man kann Themen ins Gespräch und Positionen in Gesetzentwürfe bringen – und so auch die Regierungskoalition zwingen, sich Gedanken zu machen und Stellung zu beziehen. Sie muss erklären, warum sie unsere Anträge oder Gesetzentwürfe ablehnt. Mit klaren Alternativen kann ich vor die Bürger, Verbände und die Medien treten.“

**ANTON SCHAAF, SPD**

„Wenn man sich gut vorbereitet und Mitstreiter sucht, kann man das eine oder andere ganz gut bewegen – wie mir das gerade bei der Rechtstellung der Pflegeeltern gemeinsam mit anderen gelang. Man muss dabei offensiv sein, das Problem exakt benennen, das Gespräch mit den eigenen Kollegen suchen – und dann auch beherzt anpacken.“



Viele Abgeordnete bringen Erfahrungen aus Stadt- und Gemeinderäten mit. So wie Bettina Hagedorn (SPD). Da hatte sie zwei Jahrzehnte lang vieles direkt bewegen können – und dann der Einzug in den Bundestag. „Ich dachte, ich bin nur eine von über 600, mit entsprechend wenig Gestaltungsmöglichkeiten.“ Doch sehr schnell erkannte sie den Wert des arbeitsteiligen Parlaments. In den Spezialaufgaben sind die Abgeordneten schon nur noch eine sehr überschaubare Zahl von Parlamentariern – mit gewachsenen Einwirkungsmöglichkeiten. Zu einem Aha-Erlebnis wurde für sie die Entdeckung in ihrem Wahlkreis, dass berufsvorbereitende Maßnahmen für Jugendliche, die häufig keinen Hauptschulabschluss hatten, massiv wegzubrechen drohten, weil die Mittel bereits im Vorjahr ausgegeben worden waren und nun fehlten. Hagedorn thematisierte das Problem und wurde von Kollegen unterstützt. Es wurde Druck erzeugt und damit die Bereitschaft, 350 Millionen Euro nachträglich zu bewilligen. Als Mitglied im Haushaltsausschuss gilt ihr Einsatz mehr den großen Zahlen als den Gesetzesinitiativen. Und so hatte ihre Beobachtung im Wahlkreis bundesweite Auswirkungen.

Denn wo der Bundestag etwas regelt, da geht es schnell um riesengroße Zahlen von Betroffenen. Als Detlef Parr (FDP) auf das wachsende Problem der Demenzerkrankungen aufmerksam wurde und eine Initiative zur besseren Früherkennung startete, da wusste er sehr bald, dass schon 1,2 Millionen Menschen davon betroffen sind – und daher viele Millionen Vorsorge treffen und sich auf die Möglichkeiten von Gedächtnistraining und medikamentöser Behandlung einstellen sollten. Parr: „Das ist der beste Ausgangspunkt für das Wirken einzelner Abgeordneter: die Betroffenheit, die Sorge um Menschen, das Gefühl, hier ist eine Angelegenheit, die ich verbessern kann, die ich verbessern will.“

Als Erstes gewann der Abgeordnete die Kollegen der eigenen Fraktion im Arbeitskreis Soziales für die Idee. Dann diskutierte die Fraktion darüber und beschloss, einen Antrag in den Bundestag einzubringen. Daraufhin befasste sich der Fachausschuss damit und lud Experten zur Anhörung ein. Nun folgte das Bemühen, den FDP-Antrag zu einem gemeinsamen Antrag aller Fraktionen auszubauen. Das scheiterte zwar, aber der dann beschlossene Antrag der Mehrheitsfraktionen fiel dennoch zur Zufriedenheit Parrs aus. Er stimmte ihm zwar nicht zu, weil er ihm nicht weit genug ging. Aber in weiten Teilen fand er dann im Beschluss doch wieder, was er mit seinen Fraktionskollegen auf den Weg gebracht hatte.

Enge Kontakte pflegen

Das bedeutet im Umkehrschluss nicht unbedingt, dass die Namen von Abgeordneten der Regierungsfaktionen auf den Entwürfen stehen, die schließlich Gesetz werden. Erfolgreiches Wirken ist ein Spiel auf einer ganz breiten Klaviatur, wie Christian Lange (SPD) erläutert. Wer auf Gesetze mit eigenen Gedanken einwirken wolle, müsse seine fachliche Arbeit gut machen und engste Kontakte zu allen entscheidenden und beratenden Ebenen pflegen. „Bevor ein Referentenentwurf in einem Ministerium fer-

tig wird, müssen Sie als Abgeordneter dafür sorgen, dass Ihre Ideen dabei sind“, verrät Lange. Denn wenn der offizielle Teil der Bearbeitung von Regierungsentwürfen beginne – zuerst im Ministerium, dann in der Bundesregierung, dann im Bundesrat und schließlich im Bundestag – sei es für die grundlegenden Weichenstellungen oft schon zu spät. Richtig ist aber auch, dass kaum ein Entwurf die Fachberatungen in den Ausschüssen so wieder verlässt, wie er in den Bundestag eingebracht worden ist. Hier schlägt die große Stunde der Berichterstatter. Für jede Fraktion gibt es für jedes Gesetz einen, der es unter die Fittiche nimmt. Die Berichterstatter haben großen Einfluss auf das jeweilige Gesetz. Und das ist im Prinzip unabhängig davon, ob sie der Regierung oder der Opposition angehören. Solange Berichterstatter der Opposition nicht die Grundtendenz des Gesetzes ändern wollen, haben sie bei den Formulierungen im Detail gute Karten, insbesondere wenn es darum geht, die Gesetzestexte nach den Erkenntnissen aus den Expertenanhörungen zu optimieren. Ansonsten verlassen sich die Regierungsfractionen auf „ihre“ Berichterstatter, dass das jeweilige Vorhaben in ihrem Sinne durch die Beratungen geleitet wird. Hier stecken denn auch große Potenziale für einzelne Abgeordnete, ihre Vorstellungen in die Detailregelungen einzubringen.

Im weiteren Verlauf wird die Stellung des Bundestagsmitglieds noch deutlicher: Auch wenn ein Gesetz von der Regierung entwickelt und im Bundestag eingebracht worden ist, zur zweiten Lesung hat die Regierung nichts mehr zu sagen. Dagegen kann jeder Abgeordnete Änderungsanträge stellen. Die in zweiter Lesung geänderten Passagen können auch in der dritten Lesung noch einmal Gegenstand von Änderungsanträgen sein – dann freilich müssen sich fünf Prozent der Abgeordneten zu einer Initiative zusammenfinden.

Im Parlament professionell mitwirken

Das wirft die Frage nach den grundsätzlichen Rechten der einzelnen Abgeordneten auf. Durch den Grundgesetzartikel 38 haben sie eine starke Stellung als „Vertreter des ganzen Volkes“, der „an Aufträge und Weisungen nicht gebunden“ und nur seinem „Gewissen unterworfen“ ist. Das gilt für alle Abgeordneten. Ihr Mandat kann auch nicht mehr aberkannt werden – es sei denn, das Verfassungsgericht stellt fest, dass die Partei, die die Bewerberin oder den Bewerber in den Bundestag brachte, verfassungswidrig ist, oder bei erheblichen Freiheitsstrafen für den Abgeordneten. Im Normalfall also kann das Mandat nicht mehr verloren gehen, selbst wenn sich der Abgeordnete von seiner Partei oder Fraktion trennt.

Alle Abgeordneten haben das Recht, im Bundestag zu reden, Fragen an die Bundesregierung zu stellen, Akten des Bundestages einzusehen, in einem Ausschuss mitzuarbeiten und mit anderen eine Fraktion zu bilden. Außerdem erhalten sie eine ihrer Stellung entsprechende finanzielle Ausstattung, Entschädigung für ihre mandatsbezogenen Mehrausgaben und eine Personalkostenpauschale, mit denen sie Mitarbeiter in ihrem Wahlkreis und in ihrem Bundestagsbüro bezahlen können.

ALEXANDER DOBRINDT, CDU/CSU



„Als engagierter Abgeordneter ist man schnell in der Lage, maßgeblichen Einfluss auf die Formulierung von Gesetzentwürfen zu haben. In der Opposition findet man nicht für alles eine Mehrheit im Bundestag. Doch nichts ist vergebens. Denn die

Opposition arbeitet auf Vorrat für die Zeit, in der sie ihre Vorstellungen durchsetzt.“

BETTINA HAGEDORN, SPD

„Manchmal hat man Glück und kann ganz schnell die Dinge zum Positiven verändern. So, als sich Ende September ein Elternverein an mich wandte und auf verhängnisvolle Folgen eines Gerichtsurteils hinwies. Es war gerade ein Gesetz im Finanzministerium in Arbeit, in das wir schon im Oktober die Klarstellung aufnehmen konnten.“



KRISTA SAGER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

„Jeder einzelne Abgeordnete kann Themen setzen. Er kann die Regierung dazu bringen, Informationen zu liefern, ihre Politik zu begründen oder auch



Korrekturen an eigenen Vorhaben vorzunehmen. Mitglieder der Regierungsfractionen vermögen eine ganze Menge auszurichten, wenn sie gemeinsam vereinbarte Projekte voranbringen.“

DETLEF PARR, FDP

„Manchmal kann man auch als Oppositionsabgeordneter sehr zufrieden sein: wenn etwa die Mehrheitsfractionen ein Anliegen aufgreifen und in ihren Antrag in weiten Teilen das aufnehmen, was man in seinen eigenen hineingeschrieben hat. Auch wenn man es nach außen nicht sieht, aber in der Sache hat man sich ja dann durchgesetzt.“



AXEL FISCHER, CDU/CSU

„Die Möglichkeiten sind sehr vielschichtig. Als Berichterstatter hat man beispielsweise großen Einfluss auf die Position der eigenen Fraktion. Und durch pointierte Debattenbeiträge im Bundestag vermag man auch die öffentliche Diskussion zu bewegen – so wie etwa meine Rede zu den hohen finanziellen Belastungen durch die Windkraft richtigen Wirbel entfachte.“





UTE BERG, SPD

„Eine einzelne Abgeordnete kann eine Menge bewegen, wenn sie es schafft, andere von ihrer Position zu überzeugen und Mehrheiten zu mobilisieren. Besonders bei Angelegenheiten, die das eigene Fachgebiet betreffen, können

Abgeordnete dann vieles verändern. Häufig sind es Gespräche und Anliegen aus dem Wahlkreis, die zu Initiativen im Bundestag führen.“

VERONIKA BELLMANN, CDU/CSU

„Oft wird gesagt, die Opposition arbeite für den Papierkorb. Aber im Grunde sehen unsere Entwürfe genau so aus, als wären wir schon in der Regierung, so ernsthaft, so durchdacht. Es ist unüberhörbar, dass ich Sächsin bin. Und als Stimme des Ostens habe ich mir durchaus auch über die Fraktionsgrenzen hinweg Gehör verschafft.“



CHRISTINE SCHEEL, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

„Gesetze sollen für die Bürger sein. Deshalb geht es mir darum, sie möglichst lebensnah und nachvollziehbar auszugestalten. Hier sehe ich auch meine Einflussmöglichkeiten, nämlich die praktischen Probleme in die parlamentarische Diskussion einzubringen. So ist mir die Bekämpfung des Steuerbetrugs ein wichtiges Anliegen, damit nicht am Ende der Ehrliche der Dumme ist.“



HUBERTUS HEIL, SPD

„Als einzelner Abgeordneter kann man immer das Gefühl haben, Recht zu haben. Als einzelner Abgeordneter und Mitglied einer Regierungsfraktion ist es jedoch schöner, auch Recht zu bekommen. Und wenn man über etwas Erfahrung verfügt, kann man dabei für die Regelung der Details eine ganze Menge Gestaltungsfreiheit erreichen.“



GUDRUN KOPP, FDP

„Man muss differenzieren zwischen den Einflussmöglichkeiten, die öffentlich wahrnehmbar sind, und den Gelegenheiten, die jeder einzelne Abgeordnete doch hinter den Kulissen hat. Jeder kann durch gute Facharbeit Denkprozesse mit initiieren – nicht nur in der eigenen Fraktion, sondern auch in den Ausschüssen des Bundestages.“



Alle Abgeordneten werden also materiell und finanziell so ausgestattet, dass sie im Parlament professionell mitwirken können.

Aber das Parlament muss auch arbeitsfähig bleiben, zudem stellt die Verfassung gleichzeitig die besondere Rolle der Parteien bei der öffentlichen Meinungs- und Willensbildung heraus. Das bedeutet, dass die Rechte des einzelnen Mitglied des Bundestages durch die Geschäftsordnung kanalisiert werden müssen. Deshalb tut es gut daran, sich mit anderen, die zusammen mindestens fünf Prozent der Gesamtzahl der Abgeordneten ergeben müssen, zu einer Fraktion zusammenzuschließen und für gemeinsame Ziele zu arbeiten. So kommen Antrags-, Initiativ-, Anfrage- und Tagesordnungsgestaltungsrechte hinzu.

Außerdem können die Abgeordneten auf zusätzlichen personellen Sachverstand der Fraktionen für die einzelnen Themenschwerpunkte zurückgreifen und für ihre Fraktion Entwürfe entwickeln, die dann wesentlich größeres Gewicht bekommen. Die CDU/CSU-Abgeordnete Gitta Connemann hat in dieser Hinsicht sehr gute Erfahrungen gemacht. Als Neuling im Bundestag wurde sie von der Fraktion bei eigenen Initiativen tatkräftig unterstützt, was letztlich zu Erfolgen führte.

Auf das Gewicht kommt es bei jeder einzelnen Einflussnahme an. Anton Schaaf (SPD) beleuchtet es am Beispiel der Rechtsstellung von Pflegeeltern, die er für 50.000 betroffene Fälle im Jahr verbessern konnte. Zuerst suchte er sich Mitstreiter in der Arbeitsgemeinschaft für Familienpolitik seiner eigenen Fraktion. Da ist nicht nur viel Wissen in der Sache versammelt, da sitzen auch viele erfahrene Kollegen, die gute Tipps für den Weg durch die Gremien geben können. Die nächste Anlaufstelle waren die zu beteiligenden Ministerien, mit denen Schaaf die vorliegenden Pläne erörterte und schaute, ob er sein Anliegen dort irgendwo problemlos unterbringen konnte. Um die Basis zu verbreitern, wandte er sich zudem an seine Fachkollegen in anderen Fraktionen. Die trifft er nicht nur im Plenum oder in den Ausschusssitzungen. Über das Mitspielen in der Fußballmannschaft des Bundestages gibt es auch ganz zwanglose Möglichkeiten, sich zu begegnen und gemeinsam zu überlegen, wie man Menschen helfen kann. Schließlich sind für die einzelnen Abgeordneten auch die Parlamentarierversammlungen nicht zu verachten, die Netzwerke gegenseitiger Unterstützung darstellen.

Sprechstunden im Wahlkreis

Obwohl nur jeder zweite Abgeordnete einen Wahlkreis direkt gewonnen hat, dort also die Mehrheit der Stimmen erlangen konnte, betreuen alle ihre regionale Heimat. Deshalb hat jeder einzelne Abgeordnete natürlich alle Auswirkungen der Bundespolitik auf seine Region im Auge. Welche Bundesinstitutionen nehmen wo ihren Sitz? „Besonders schön“, sagt die CDU/CSU-Abgeordnete Melanie Oßwald, „ist es daher für jeden Politiker im Bundestag, wenn er sich erfolgreich für Einrichtungen einsetzen kann“. So wie in ihrem Fall für den Erhalt des Museums für Kommunikation in ihrer Heimatstadt Nürnberg. Von den Bürgern im Wahlkreis erfahren die Abgeordneten

zumeist am schnellsten, wie sich Gesetze auswirken und wo möglicherweise nachgebessert werden muss. Aber die einzelnen Abgeordneten haben auch ihre fachliche „Heimat“: Hochschulpolitiker gehen in Universitäten ein und aus, Gesundheitspolitiker in Krankenhäusern, Sicherheitspolitiker in Kasernen – und überall gibt es Ansätze, selbst Initiativen auf den Weg zu bringen.

Daneben ist jeder Abgeordnete in seinem Wahlkreis eine feste Größe, wenn es um Behördenentscheidungen geht. „Die Zahl der Fälle nimmt zu, in denen der Bundestagsabgeordnete die letzte Anlaufstelle ist“, hat Alexander Dobrindt (CDU/CSU) erfahren. Er ist durch regelmäßige Sprechstunden in allen Gemeinden seines Wahlkreises „nah am Menschen“. Und damit nah dran an oft existenzbedrohenden Problemen, für die sich niemand mehr zuständig fühlt. Schon oft hat er aus verzweifelten Situationen wieder heraushelfen können, indem er den Gründen nachforschte.

Abgeordnete können gezielt nachfragen

Diese Aufgabe ist wichtig für alle Abgeordneten. Es sei eben etwas anderes, ob ein Antragsteller zum wiederholten Mal bei seinem Sachbearbeiter landet, oder ob ein Bundestagsabgeordneter einen Oberkreisdirektor bittet, einen Sachverhalt noch einmal zu prüfen, sagt Thilo Hoppe (Bündnis 90/Die Grünen). Man könne gezielt nachfragen und um einen Bericht bitten, ob denn der Ermessensspielraum wirklich ausgeschöpft worden sei. Und wenn dann der Behördenchef diese Bitte an seinen Abteilungsleiter weitergebe, der Fall noch einmal aufgerollt werde, könnten häufig menschliche Härten gemildert, Erzwingungshaft oder Abschiebungen verhindert und Zahlungen erreicht werden. Fraktionschefin Krista Sager (Bündnis 90/Die Grünen) hat durch ihre Funktion natürlich Zugang zu anderen Bereichen der Entscheidungsfindung – und insofern viel zu tun mit den Einwirkungsmöglichkeiten einzelner Abgeordneter. „Da muss man immer wieder einspringen, wenn Dinge auf der Fachebene nicht mehr zu bewegen sind, wenn eine höhere politische Ebene neue Optionen eröffnen soll.“ Und immer wieder wird Sager von Fraktionskollegen um Rat gefragt, wie man mit einem Spezialvorhaben am besten weiterkommt, um Unterstützung gebeten, ihre Drähte zum SPD-Fraktionschef und ins Kanzleramt zu nutzen, um diese oder jene Sache weiter zu befördern.

Sachzwänge und Finanzknappheit sind allerdings oft gewaltige Bremsen. Da verzeichnen es alle Abgeordneten schon als schönen persönlichen Erfolg, die eigene Fraktion zu Grundsatzserklärungen in ihrem Sinne gebracht zu haben – auch wenn dann in der praktischen Politik vorerst nichts daraus wird. Und auch die unermüdliche Arbeit der Opposition an eigenen Gesetzentwürfen endet nach ihrer Lesart nicht im Papierkorb, sondern als fertiges Alternativkonzept in der Schublade – etwa für den nächsten Wahlkampf. Neben die konkrete Einzeltat tritt die langfristige Wirkung des Engagements Einzelner. Gudrun Kopp (FDP): „Jeder hat Einfluss. Jeder kann Denkprozesse in Gang bringen, den Boden für ein Umdenken in Parlament und Gesellschaft bereiten.“



MELANIE OSSWALD, CDU/CSU

„Im Petitionsausschuss und im Ausschuss für Menschenrechte geht es meistens um den Kampf für eine gute Sache – da kann man die Kollegen durchaus für sich gewinnen und als einzelne Abgeordnete einiges bewir-

ken. Besonders schön ist es, wenn man mit einem regionalen Thema, das die Zuständigkeit des Bundes berührt, punkten kann.“

THILO HOPPE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

„Im Großen heißt es, dicke Bretter zu bohren und nicht zu glauben, dass alles direkt beim ersten Anlauf gelingt. Im Kleinen gibt es große Wirkungsmöglichkeiten. In den Sprechstunden erfährt der Abgeordnete von vielen Schicksalen und kann erreichen, dass Behörden Entscheidungen noch einmal überprüfen – oft zugunsten des Betroffenen.“



GITTA CONNEMANN, CDU/CSU

„Meine Erfahrungen bezüglich der Wirkungsmöglichkeiten sind außerordentlich gut. Es ist ermutigend, wie man auch als Neuling von der Fraktion bei eigenen Initiativen unterstützt wird. Als Mitglied der Opposition musste ich dann erleben, wie mein Antrag von der Mehrheit zuerst abgelehnt und dann ein Jahr später als eigener wortwörtlich wieder eingebracht wurde. Wir haben dem zugestimmt, uns in der Sache also durchsetzen können – nur Zeit verloren.“



CHRISTEL HUMME, SPD

„Man kann eine Menge bewirken, wenn man sich Verbündete sucht und hartnäckig bleibt. Aber man braucht auch eine Menge Frustrationstoleranz; nicht immer bekommt man gleich die Mehrheit. Trotzdem macht es Spaß, für die Sache zu kämpfen – man braucht einen langen Atem, wenn man überzeugen will.“



PETRA PAU, FRAKTIONSLOS

„Ich bin überrascht, was alles möglich ist. In meinen Reden will ich nicht nur von Fachleuten, sondern von den Menschen verstanden werden. Manchmal bin ich noch nicht vom Rednerpult zurück, da sind schon die ersten Reaktionen durch E-Mails und Anrufe eingegangen.“





Ausnahmezustand zwischen gestern und morgen

Die Abgeordnete **GESINE LÖTZSCH** liebt die direkten Wege der Kommunikation. Für eine fraktionslose Abgeordnete die beste Strategie, um Politik zu machen.

Text: Kathrin Gerlof, Fotos: studio kohlmeier

An einem Sonntag um halb sieben aufstehen ist keine schöne Übung. Muss aber sein. Draußen türmen sich die Wolken und der Wind weht aus Nord. Für einen 23. Mai eigentlich unzumutbar. Gesine Lötzsch geht trotzdem laufen. Eine halbe Stunde nur, aber es bleibt eine Heldinnentat. Frühstück mit dem Ehemann, Nachrichten hören, für die dunkelrote, einem Gehrock ähnliche Samtjacke, schwarze Hose und schwarze Schuhe entscheiden, Tasche packen und ab ins Büro. Wie lang der Arbeitstag wird, ist nicht absehbar.

Heute wählt die Bundesversammlung den ranghöchsten Mann oder die ranghöchste Frau im Staate. Das Reichstagsgebäude wird mehr als gut gefüllt sein: Bundestagsabgeordnete, Delegierte der Landesparlamente, Fraktionsgäste, Diplomaten, Journalisten – man rechnet mit rund 4.000 Menschen. Gefühlt sind es dann mindestens 6.000, denn im Hohen Haus lernt man an diesem Tag plötzlich, was Schrittgeschwindigkeit bedeutet, und dass vor Fahrstühlen Geduld angebracht ist.

Obwohl der Ausgang relativ klar scheint, ist auch die Abgeordnete neugierig auf das ganze Verfahren, an dem sie zum ersten Mal und als Mitglied der Bundesversammlung teilnimmt. Am Abend zuvor hat sie sich mit den 30 anderen Wahlfrauen und -männern ihrer Partei in der Landesvertretung Mecklenburg-Vorpommern getroffen. Ein bisschen müde zwar, denn die vorangegangene Woche war anstrengend, aber doch erfreut, bekannte Gesichter zu sehen, zu reden und hören zu können, wie es den anderen geht.

In solchen Momenten, das gesteht sie sich ein, wird einem besonders deutlich, dass es nicht einfach ist, nur zu zweit im Bundestag zu sitzen, ohne das Hinterland einer Fraktion oder einer Gruppe. Das spüre man auch sonst in den unterschiedlichsten Situationen, vor allem aber am Arbeitsumfang: „Man kann nicht überall präsent sein, die Rechte als fraktionslose Abgeordnete sind eingeschränkt, auch die Möglichkeiten, sich zu informieren, und man muss sich auf Kernthemen konzentrieren. Bei mir sind das Gesundheits- und Sozialpolitik und



10.40 Uhr: Im ehemaligen Fraktionssaal der PDS.

natürlich Friedenspolitik. Ich habe gelernt, dass sich manche Defizite ausgleichen lassen, wenn ich versuche, direkt auf die Leute zuzugehen. Das heißt, man muss Hemmschwellen abbauen, denn wir werden ja nicht immer mit offenen Armen empfangen.“

Dass sie es genau so handhabt, beweist die Abgeordnete an diesem Wahlsonntag, denn wann immer sich die Möglichkeit bietet, ins Gespräch zu kommen, wird sie von Gesine Lötzsch ergriffen. „Petra Pau und ich haben keinen Sitz im Ältestenrat als fraktionslose Abgeordnete. Da ist man sehr häufig auf den informellen Weg angewiesen, um ausreichend Zeit zu haben, sich inhaltlich vorzubereiten.“

Die Woche vor diesem Wahlwochenende war sitzungsfrei. Gesine Lötzsch ist zu verschiedenen Wahlkampfveranstaltungen gereist. Sie war in Pasewalk, Ueckermünde und im

winterlich kalten Thale. Nun ist Sonntag und die Abgeordnete kommt um kurz vor zehn ins Büro. Mit ihr eine junge Frau, in Türkis und Orange gekleidet, eine Kombination, gegen die nicht mal der graue Himmel draußen ankommt.

Katalin Gennburg aus Falkensee, Delegierte der PDS, ist mit ihren 20 Jahren von den insgesamt 1.205 Mitgliedern der Bundesversammlung eine der ganz Jungen. Einige Minuten später kommt Helmuth Markov, ebenfalls PDS-Delegierter. Es bleiben noch ein paar Minuten, um über Politik, Europawahlkampf und das Leben überhaupt zu reden. Alles gleichermaßen aufregend. Draußen beginnt es zu hageln. Trotzdem macht sich die kleine Gruppe bald auf den Weg.

Um 10.40 Uhr betritt sie das Gebäude, um in den einstigen Fraktionssaal der PDS zu gehen, wo sich die Delegierten ihrer Partei treffen.



Um 12.38 Uhr ist man bereits beim Buchstaben K angelangt, um 12.43 Uhr gibt die Abgeordnete Löttsch ihren Wahlzettel ab. Es wird noch eine Stunde dauern, bis das Wahlergebnis feststeht. Um 13.53 Uhr verkündet Bundestagspräsident Wolfgang Thierse, dass Horst Köhler neuer Bundespräsident sein wird. Im ersten Wahlgang hat er sich gegen Gesine Schwan durchgesetzt. Applaus, Gratulationen, eine Rede des gerade gewählten zukünftigen Staatsoberhauptes, Nationalhymne, dann ist die Bundesversammlung beendet.

Spektakulärer und weitaus hektischer geht es bei den Medienvertretern zu. Alle haben die gleiche Nachricht zu verkünden und trotzdem in der Verkündung einzigartig zu sein. Also geht man auf die Suche nach Bildern und Statements. Prominenz für beides ist ausreichend da, denn unter den Delegierten der Bundesversammlung ist manches bekannte Gesicht aus Film, Fernsehen, Sport, Kultur, Politik und Wissenschaft. „Mensch“, sagt ein Besucher zu seiner Frau, „ich wollte doch unbedingt Claudia Pechstein sehen.“ Dazu braucht er wohl eine gehörige Portion Glück.



11.45 Uhr: Fototermin auf der Dachterrasse.

Bevor es in den Plenarsaal geht, findet noch eine kurze Beratung statt. Außerdem wird noch einmal kurz das Prozedere der Wahl besprochen. Plötzlich malt die Sonne Muster auf die Tische, eine einmalige Gelegenheit für ein Gruppenfoto auf der Dachterrasse. Danach geht es in den Plenarsaal und auf die Plätze. Von nun an wird man die Abgeordnete Löttsch bis zum Ende des ersten Wahlgangs nur noch aus der Ferne betrachten können, von der Besucherebene aus, auf der es zugeht wie in einem Taubenschlag.

Pünktlich um zwölf beginnt die Bundesversammlung. Unspektakulär

kurz der Anfang, dann werden 1.205 Namen in alphabetischer Reihenfolge aufgerufen. Familienangehörige und Freunde der Delegierten, Gäste und Journalisten mühen sich um gute Sicht durch die gläsernen Wände zum Plenarsaal. „Wo ist mein Mann?“, fragt eine Französin in strahlendem Hellblau ihre Freundin in schimmerndem Beige. „Wir sind doch schon bei B, oh, ich sehe ihn. Ist er nicht wunderbar?“ Ein Kameramann lässt seine Steadycam elegant über den Köpfen der Menschen schweben, über ihm wird eine Kamerafahrt mit Hilfe eines Kranes geprobt, der einer Spielberg-Produktion zur Ehre gereicht hätte.





12.00 Uhr: Die Bundesversammlung beginnt.

Mindestens 1.205 Menschen begeben sich gegen 14.20 Uhr hoch auf die Fraktions-ebene, wo alles für den Empfang zur Feier des Tages vorbereitet ist. Gesine Löttsch nimmt sich ein Glas und dreht die erste von vielen Runden an diesem Nachmittag, um mit dem einen und

der anderen zu reden. Ausgangspunkt und Ende all ihrer Runden ist der Raum der PDS gleich neben dem Fraktions-saal der Grünen. Hier bleibt man noch eine ganze Weile zusammen. Irgend-jemand rekonstruiert die einstige Sitz-ordnung der PDS-Fraktion im Raum. Ein bisschen Wehmut schleicht sich an und wird weggewischt.

Gesine Löttsch sagt: „Kann ich nachfühlen, auch wenn ich nicht im Bundestag war, als die PDS noch eine Fraktion stellte. Ich habe im Berliner Abgeordnetenhaus gesessen, fast zwölf Jahre lang. Der Verlust, der damit verbunden ist, nicht in einer Fraktion arbeiten zu können, macht sich – neben dem menschlichen Aspekt – vor allem inhaltlich bemerk-bar. Das sagen manchmal auch Abge-ordnete anderer Parteien. In den Bundestagsdebatten finden die neuen Bundesländer weniger statt.“

Sie steht auf, um noch ein oder zwei Runden zu drehen. Es ist halb fünf und in spätestens zwei Stunden will sie zu Hause sein. Ein freier Abend ist versprochen, dem Mann und sich selbst, denn in der nächsten Woche, die am kommenden Tag um neun Uhr mit einer Bürobesprechung beginnen wird, tagt der Bundestag wieder.

Für Gesine Löttsch heißt das unter anderem: Fragen für die Fragestunde zu den Folgen der Steuerschätzung, eine Rede zur Mittelstandspolitik und eine zur Nahostpolitik vorbereiten. Außerdem wird sie am Montag zu einer Wahlkampfveranstaltung nach Bremen fahren. Mittags hin, spät-abends zurück. Diesmal nimmt sie warme Sachen mit, der Winter in Thale war ihr eine Lehre. Draußen bauen die Wolken weiterhin dunkle Türme am Himmel und der Wind hat sich noch nicht gedreht.



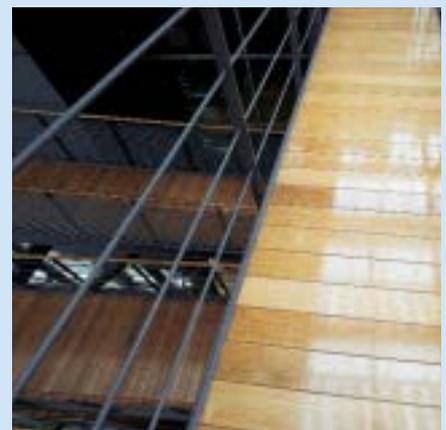
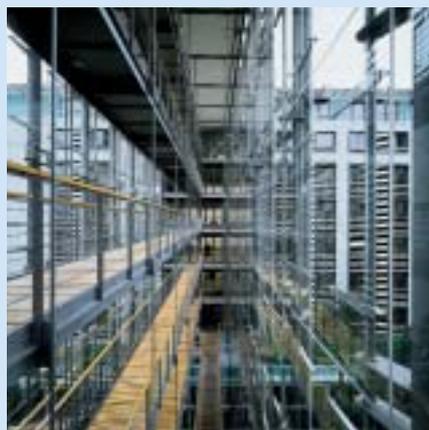
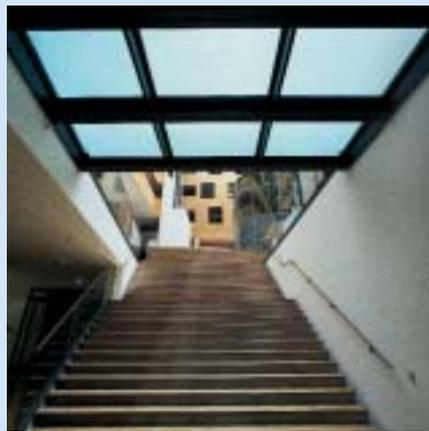
14.20 Uhr: Empfang auf der Fraktionsebene.





Luftige Verbindungen

Die Vogelperspektive bekommt man in den Häusern des Bundestages geschenkt. Ein ganzer Tag ließe sich damit zubringen, die Dinge und Angelegenheiten von oben zu betrachten. Zu dem praktischen Nutzen, den eine Brücke oder eine umlaufende Galerie haben, kommt das sinnliche Vergnügen: Man kann die Spree überqueren, um vom Paul-Löbe-Haus ins Marie-Elisabeth-Lüders-Haus zu kommen – manchmal ruft ein Tourist von einem Schiff aus „Huhu“ und winkt. Man kann die überdachte Brücke wählen, um die Dorotheenstraße zu kreuzen, ohne das Jakob-Kaiser-Haus zu verlassen. Man kann sich auf eine Brücke wagen,



deren Boden aus schimmernden Glasbausteinen besteht. Man kann es auch lassen, wenn einem das Sorge bereitet, und eine andere Überquerung wählen. Die aus immer noch duftendem Holz zum Beispiel, unten eine kleine Oase aus Felssteinen und Wasser. Und wenn man Zeit hat, stellt man sich ans Geländer einer Galerie, möglichst weit oben, und schaut hinunter in eine Halle. Man ist Betrachter und zugleich Teil einer Performance, die sich in gläsernen Wänden spiegelt. „Huhu“ möchte man rufen und winken. Auch wenn es ein wenig albern ist. Vielleicht aber gerade deshalb. Text: Kathrin Gerlof, Fotos: studio kohlmeier



Wann war's – wer war's?

Lesen Sie Michael S. Cullens Episode aus der Geschichte des Reichstagsgebäudes, beantworten Sie seine Frage und gewinnen Sie eine Reise nach Berlin. FOTOS: STUDIO KOHLMEIER, ULLSTEIN

Von Kochkunst bis Sexualwissenschaft

Bis zum Ende der Weimarer Republik wurde im Reichstag nicht nur Politik gemacht. Es gab auch viele Veranstaltungen wie Ausstellungen und Kongresse. Schon kurz nach dem Umzug des Parlaments in das neu erbaute Reichstagsgebäude gab es mit einer Ausstellung über Kochkunst die erste außerparlamentarische Nutzung. 1896 folgte eine internationale Ausstellung zum Thema Amateurfotografie, die bei den Hobbyfotografen unter den Abgeordneten sicherlich auf großes Interesse stieß. Einen politischeren Hintergrund hatte dagegen das große Fest zum 100. Geburtstag von Kaiser Wilhelm I. am 22. März 1897.

Kaum bekannt ist, dass am 3. Oktober 1901 der Verband fortschrittlicher Frauenvereine unter dem Vorsitz der Frauenrechtlerin Minna Cauer im Reichstagsgebäude zusammenkam. Zu den Teilnehmerinnen gehörte auch Marie-Elisabeth Lüders, die später, von 1953 bis 1961, auch dem Bundestag in Bonn angehörte. Nach ihr ist heute ein Parlamentsgebäude in Berlin benannt. Bereits die Gründung des Verbandes zwei Jahre zuvor hatte im Reichstagsgebäude stattgefunden. Mit der Wahl dieses Tagungsortes wurde die Gesetzeslage in Preußen umgangen, nach der politische Versammlungen von Frauen und sogar ihre bloße Teilnahme an politischen Versammlungen ver-

boten war. Ein Jahr später fand im Reichstag der erste deutsche Kolonialkongress statt, der sich mit der Erforschung und wirtschaftlichen Nutzbarmachung der Kolonien beschäftigte. Dabei konnte sogar der Plenarsaal genutzt werden. Das galt auch für den zweiten Kolonialkongress 1905. Und während die Reden dieser Kongresse

falls überliefert sind mehrere Veranstaltungen zu den Themen Pflege und Gesundheit, wie die Tagung des deutschen Zentralkomitees zur Bekämpfung von Tuberkulose 1907, der III. Internationale Kongress für Säuglingsschutz 1911 und – im damaligen Sprachgebrauch – die Tagung der Deutschen Vereinigung für Krüppelfürsorge 1916.

Beim ersten Kongress für Sexualwissenschaft im Oktober 1926 war der Straftatbestand der Homosexualität (Paragraf 175) ein wichtiger Diskussionspunkt. Bemerkenswerterweise wurde der Paragraf 175 erst 1969 mit der Einführung eines Schutzalters von 21 Jahren liberalisiert, ehe er dann 1994 endgültig abgeschafft wurde.

Das Reichstagsgebäude war aber auch ein Ort der Literatur. So hielt am 15. April 1929 H. G. Wells, der Autor des Romans „Die Zeitmaschine“, während einer Abendgesellschaft seine Rede „The Common Sense of World Peace“ und entschuldigte sich darin für seine lange währende deutschfeindliche Haltung. Wenige Wochen später, am 4. Juni 1929, sprach Lord Robert Cecil, einer der Mitbegründer des Völkerbundes – im Publikum saß auch Albert Einstein.

**Die Preisfrage lautet:
Wann lebte
Marie-Elisabeth Lüders?**



Kongress der fortschrittlichen Frauen, 1901.

in der Tagespresse wie Reichstagsbeiträge behandelt und seitenlang wiedergegeben wurden, sind die Reden der Frauen kaum überliefert.

Ganz im Sinne der imperialistischen Politik Wilhelms II. dürfte die 10. Hauptversammlung des Deutschen Flottenvereins im Jahre 1910 verlaufen sein. Anfang 1913 wurde es nach den Kolonialkongressen wieder international – mit der ersten internationalen Konferenz über die Luftfahrt. Eben-

Die Antwort schicken Sie als Fax, E-Mail oder per Postkarte an: MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH, Wassergasse 3, 10179 Berlin, Fax: (030) 65 000-190, E-Mail: blickpunkt@media-consulta.com. **Einsendeschluss: 30. Juli 2004.** Unter den richtigen Einsendungen werden fünf Preise verlost. Der Hauptgewinn ist eine Reise für zwei Personen nach Berlin. Die Lösung unseres Rätsels in Heft 4/04 lautet: Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier amtierte von 1954 bis 1969. Eine Reise nach Berlin hat Katja Fischer aus Jever gewonnen.

BLICKPUNKT BUNDESTAG



Sitzungswoche

Sonderthema

Montag Dienstag M
Freitag Samstag So
Mittwoch Donners



Eine lange Woche

Mittwoch Donnerstag Sonntag Montag Dienstag Freitag Samstag



Die oder der Abgeordnete – man sieht sie oder ihn ab und zu bei Debatten im Bundestag. Vielleicht auch bei Terminen im Wahlkreis. Aber das sind gewissermaßen nur zwei kleine Spitzen des Eisbergs. Die meiste Arbeit findet außerhalb des Plenums statt und ist weniger sichtbar. Wir leuchten einmal eine typische Sitzungswoche aus – eine von 21 im Jahr.

Jede Woche ist neu, jede Woche ist anders. Und doch hat sich ein Grundmuster in den parlamentarischen Wochenabläufen herausgebildet, ein EFAPE-Grundmuster. Dabei steht das erste E für Einstieg und Entwicklung am Montag, das F für Fraktionssitzungen am Dienstag, das A für Ausschussarbeit am Mittwoch, das P für die Plenarberatungen am Donnerstag und das E für das Ende der Sitzungswoche am Freitag.

Doch wie das E am Freitag nicht wirklich Ende bedeutet, sondern oft genug nur ein Übergang von der Arbeit in Berlin zur Arbeit im Wahlkreis ist, so sind auch alle Termine in der folgenden Darstellung nicht ausschließlich das, was Parlamentarier in ihrer Sitzungswoche zu tun haben. Wer etwas bewegen will, der muss Interessengemeinschaften schaffen, der muss

schen einbinden: Verbandsvertreter, Landesvertreter, Ministeriumsmitarbeiter, die eigenen Leute und die Abgeordneten der anderen Fraktionen. Das spielt sich nur zu einem Teil innerhalb der Sitzungsräume des Bundestages ab. Zu einem großen Teil am Rand von Empfängen und Tagungen. Wenn denn endlich im Büro nach einem langen Arbeitstag die Lichter ausgehen, fängt ein wichtiger Teil der Arbeit eines Abgeordneten erst an.

Und auch das EFAPE-Korsett ist nur ein annähernder Halt für die Organisation. Zusätzliche Fraktionssitzungen können an jedem anderen Tag der Woche eingeschoben werden, mitunter ergibt sich plötzlicher interner Beratungsbedarf sogar mitten in laufenden Plenardebatten. Die Geschäftsordnung des Parlaments ist flexibel genug, nahezu jeder Änderung gerecht zu werden.

Für jeden Abgeordneten stellt sich jede Woche anders dar – je nachdem, welche Funktion er übernommen hat, welche Themen gerade auf der Tagesordnung stehen und wie er an deren Vorbereitung beteiligt ist. Immer ist es aber eine Sitzungswoche, die nach 40 Stunden nicht vorbei ist. Und zwar lange nicht.

Text: Gregor Mayntz

Fotos: Phalanx Fotoagentur, studio kohlemeier

mit langen Tagen

1 Enquetekommission

Sie ist eine herausragende Form der Politikberatung. Der Name stammt vom Lateinischen „inquirere“ und steht für nachforschen, untersuchen. Die aus Abgeordneten und Wissenschaftlern bestehenden Enquetekommissionen werden gebildet, um Handlungsmöglichkeiten für Entscheidungen über umfangreiche und bedeutsame Sachkomplexe gewinnen zu können. Jede Enquete fertigt für den Bundestag einen detaillierten Bericht an. In der 15. Wahlperiode gibt es zwei Enquetekommissionen, siehe www.bundestag.de (Parlament).

2 Fraktion

Das ist der Zusammenschluss von Abgeordneten, die der gleichen Partei angehören – oder, wie CDU und CSU, zwei Schwesternparteien, die in keinem Bundesland miteinander konkurrieren. Der Name ähnelt der „Fraktur“, also Bruchteil, und will ausdrücken, dass die Fraktion Teil sowohl einer Partei als auch des Parlaments ist. Zur Bildung sind mindestens fünf Prozent der Mitglieder des Bundestages nötig. Die Fraktionsvorstände führen die Geschäfte der Fraktion, planen ihre Arbeit und bereiten die Fraktionsitzung vor.

3 Landesgruppen

Ein typisches Beispiel für Gremien, die es weder in der Verfassung noch in der Geschäftsordnung gibt, die aber einen großen Einfluss haben. In ihnen spiegelt sich die Bedeutung der Landesverbände in den Parteien und der Länder im Bund wieder.

Sebastian Edathy, SPD,
trifft eine Besuchergruppe.

14.00



Montag Dien

Die Zeiten sind lange vorbei, als ein Abgeordneter am Montagmorgen in den Zug steigen konnte, unterwegs die Zeitungen und Briefe aus dem Wahlkreis durcharbeitete und am Nachmittag in Bonn die Sitzungswoche mehr oder weniger gemächlich einläutete. Viele verabschieden sich heute bereits sonntags nach dem Kaffeetrinken von ihrer Familie und setzen sich in den Flieger. Und nicht wenige gehen am Abend noch einmal in ihr Büro, besonders wenn Termine schon am frühen Montagmorgen warten und noch ein wenig vorzubereiten sind.

Vieles lässt sich dabei inzwischen auch per Laptop von unterwegs oder von der Wohnung aus erledigen: Online hat jeder Abgeordnete Zugriff auf sämtliche Unterlagen, Tagesordnungen, Sitzungsprotokolle, die elektronisch in seinem Büro abgelegt sind. Und da auch alle Kollegen auf diesem Weg erreichbar sind, arbeitet das Netzwerk Bundestag inzwischen rund um die Uhr. Auch am Wochenende hält man sich per Telefon und E-Mail gegenseitig auf dem Laufenden.

Die Terminkalender der Abgeordneten sind derart aus den Nähten geplatzt, dass immer mehr Sitzungen von ihren „klassischen“ Tageszuteilun-

gen auf den Montag gelegt werden. Das betrifft vor allem Anhörungen durch **1 Enquetekommissionen** und Fachausschüsse. Dabei geht es darum, externes Fachwissen in die parlamentarische Debatte zu integrieren. Jede **2 Fraktion** benennt eine Anzahl von externen Fachleuten, also Wissenschaftler oder Verbandsvertreter, die dann zumeist bei einer öffentlichen Anhörung (auch Hearing genannt) zu den Sachverhalten Stellung nehmen und im Wechsel von den einzelnen Fraktionen befragt werden.

Sitzung der Fraktionsvorstände

Zu den festen Montagsterminen gehören die Sitzungen der Fraktionsvorstände. Sie bereiten die Abläufe der Woche vor, besprechen also beispielsweise die Punkte, die noch von den eigenen Fachleuten der Fraktion eingehender behandelt werden müssen. Auch strategische Angelegenheiten werden hier erörtert: Welches Thema kann im Laufe der Woche wichtig werden? Wie sollte es im Bundestag am besten aufgegriffen werden? Ist das ein Feld, auf dem man die Regierung oder die Opposition öffentlich „stellen“ könnte? Und vor allem: Wo lauern in der schon besprochenen Themenabfolge in Ausschüssen und

Ursula Heinen, CDU/CSU,
auf dem Weg zur Fraktions-
vorstandssitzung.

15.55



15.50

Horst Friedrich, FDP,
auf dem Weg zur Fraktions-
vorstandssitzung.



stag Mittwoch Donn

Plenum Fallstricke? Wo kann die eigene Fraktion besonders wirkungsvoll punkten?

Die Fraktionen sind auch operative Teile der Parteien im Parlament. Deshalb stehen die Fraktionsvorstandssitzungen am Montagnachmittag immer wieder auch unter dem Eindruck der Präsidiums- und Vorstandssitzungen der Bundesparteien, die zuvor am Montagmorgen in Berlin getagt haben. Mitunter gehören Mitglieder des Fraktionsvorstandes auch den Spitzengremien der Parteien an, so dass der Informationsfluss schon auf diese Weise optimiert ist. In der Regel stehen aber die Arbeitsabläufe im Parlament im Vordergrund. Denn da sind Dutzende von Themen zu koordinieren.

Das machen derweil auch die Experten der Fraktionen für die einzelnen Themenbereiche. Zahlreiche Arbeitskreise, Arbeitsgruppen und Arbeitsgemeinschaften tagen schon am Montag, um die laufenden Gesetzesberatungen, den Stand von Initiativen und Antragsvorhaben durchzusprechen – und zwar jeweils fraktionsintern. So bilden sich Meinungen über das beste weitere Vorgehen heraus.

An anderer Stelle treffen sich auch montags bereits so genannte Bericht-

ersteller aus den verschiedenen Fraktionen zum gemeinsamen Ausloten, wie die Einigungschancen bei einem Gesetzesvorhaben sind. Also etwa bei einer ersten Vorauswertung dessen, was die aktuellen Anhörungen ergeben haben.

Wie wird die Woche?

Auf den verschiedensten Ebenen geht es also um das detaillierte Durchplanen der Woche. Und das gilt natürlich auch für die Mitarbeiter in den einzelnen Stäben: Ob das nun Fraktionsgremien, Fachausschüsse oder jedes einzelne Abgeordnetenbüro betrifft: Wie wird die Woche? Was ist für uns zu tun? Wer macht was? Und wann muss was fertig sein? Auch die **3 Landesgruppen** untersuchen, wie die von ihnen vertretenen Regionen von den Themen der Woche betroffen sind. Bei den großen Fraktionen gibt es für jedes Bundesland eine. In kleineren Fraktionen sind auch schon einmal benachbarte Bundesländer in gemeinsamen Landesgruppen zusammengefasst.

Der Montag dient jedoch nicht nur dem internen In-Schwung-Bringen der Parlamentsabläufe. Er ist auch geschätzt als Möglichkeit, Parlament und Öffentlichkeit zu verknüpfen, ohne dass sich hinziehende Sitzungen

alle Planungen über den Haufen werfen. Es geht vor allem um den Kontakt zwischen Fachpolitik und Fachöffentlichkeit. Viele Verbände wollen den Gesetzgeber nicht nur mit Schreiben und bei Expertenanhörungen auf dem Laufenden halten. Sie suchen auch die direkte Begegnung mit Abgeordneten und Journalisten. Das geschieht etwa bei so genannten Parlamentarischen Abenden, bei denen in ungezwungenem Rahmen bei einem Abendessen oder einem Drink Kontakte geknüpft und Bekanntschaften gepflegt werden.

Meistens bedarf es aber auch dieser formellen Einladungen nicht. Die Berliner Gastronomie ist längst Teil des politischen Geschäfts geworden. Da treffen sich Politiker mit Journalisten, um in Hintergrundrunden Zusammenhänge zu klären, die allerdings nicht gleich in den Zeitungen stehen müssen. Und da treffen Abgeordnete mit Lobbyisten zusammen, um sich Klarheit über die Auswirkungen der Gesetzgebung zu verschaffen. Und vor allem treffen Abgeordnete andere Abgeordnete. Denn nur das Gespräch bringt Projekte voran. Nur das Sammeln von Unterstützung macht aus Ideen praktische Politik.



16.00

Hans-Josef Fell, Bündnis 90/Die Grünen, in der Arbeitsgruppe Forschung.

Nina Hauer, SPD, vor Beginn der Fraktionsvorstandssitzung.

17.00



17.20

Daniela Raab, CDU/CSU, vor einer Sitzung der CSU-Landesgruppe.

Dienstag Mit

1 Arbeitsgruppe

Für alle Bundestagsausschüsse bilden die Fraktionen interne Arbeitsgruppen oder Arbeitskreise, in denen die Themen in den Fachausschüssen begleitet und die dort stattfindende Detailberatung mit der eigenen Meinungsbildung verknüpft wird. Die großen Fraktionen haben je Ausschuss mindestens eine Arbeitsgruppe und bei Bedarf auch noch Unterarbeitsgruppen für spezielle Aspekte des Fachgebietes.

2 Lobbyisten

Lobbyisten sind Interessenvertreter, benannt nach dem Flur vor den Parlamentssälen, der so genannten Lobby, wo Abgeordnete mit ihnen zusammentrafen. Da Demokratie auch das Bemühen um gerechten Ausgleich von Interessen ist, gehören Lobbyisten dazu. Knapp 1.800 Interessenverbände sind beim Bundestag offiziell registriert und haben so die Möglichkeit, bei Anhörungen berücksichtigt zu werden.

3 Koalition

Ein häufig gebrauchtes Wort. Da es aber von „coalescere“ (verschmelzen) kommt, wird es oft missverstanden: Es ist ein Zweckbündnis auf Zeit, das mindestens zwei Parteien eingehen, um zusammen über ihre Fraktionen im Bundestag über die Mehrheit zu verfügen und so den Kanzler stellen und die Regierung bilden zu können. Zur Verständigung über Ziele und Initiativen schließen sie einen Vertrag, die darin enthaltenen politischen Absichtserklärungen sind aber nicht einklagbar.

4 Landesvertretungen

Die Bundesländer unterhalten in der Hauptstadt Vertretungen, die auch regionale Kulturakzente setzen. Die Vertretungen dienen in erster Linie der Interessenwahrnehmung der Bundesländer. Ihre Mitarbeiter behalten die Gesetzgebung in Bundestag und Bundesrat im Auge, die Räumlichkeiten bieten Übernachtungsmöglichkeiten für Vertreter der Landesregierungen und laden zu Begegnungen ein.

Der Dienstag ist der Hauptentscheidungstag im parlamentarischen Geschehen – auch wenn davon nach außen hin direkt wenig sichtbar wird. Denn der Dienstag dient der internen Meinungsfindung innerhalb der einzelnen Fraktionen. Das beginnt schon früh am Morgen. Denn alle Politikfelder, die in dieser Woche gefragt sind, müssen an diesem Tag beackert werden. Häufig sind Abgeordnete Mitglieder in mehreren **1 Arbeitsgruppen**, Arbeitskreisen oder Arbeitsgemeinschaften. Die großen Fraktionen haben sich spiegelbildlich zu den 21 ständigen Fachausschüssen und deren Untergremien organisiert, die kleineren haben thematisch verwandte Angelegenheiten, wie Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, zusammengefasst.

Ganz gleich, ob ein „kleines“ oder „großes“ Zuständigkeitsterrain zu überblicken ist – in allen diesen Fraktionsgremien werden die anstehenden Fachberatungen detailliert vorbereitet: Ist der eigene Gesetzentwurf ausgereift, so dass er der gesamten Fraktion vorgestellt werden kann? Welchen Teilen der Regierungsinitia-

tive kann man auch in der Opposition zustimmen, wo sollten Änderungen durchgesetzt werden? Welche Sachverständigen sollte man für die nächste Anhörung benennen? Welche Konsequenzen sind aus dem jüngsten Hearing zu ziehen? Wie sind die Hinweise aus dem **2 Lobby-Bereich** zu bewerten – haben die Experten aus der Praxis mit ihren Bedenken Recht?

Einbindung von Verbündeten

Zur effizienten Meinungsbildung in den Fraktionen gehört auch die Koordination im direkten Umfeld. Das politische Spiel der Kräfte verlangt die Einbindung geborener und potenzieller Verbündeter. Das heißt, dass sich in einer **3 Koalition** die Fraktionen untereinander auf dem Laufenden halten und die Vorhaben zwischen Regierung, Regierungsfaktionen und Regierungsparteien synchronisieren. Regelmäßige Koalitionsrunden sind genauso unerlässlich wie Strategiegespräche im Kanzleramt, in die die Spitzen von Parteien und Fraktionen eingebunden sind. Neben turnusmäßige Zusammenkünfte treten Ad-hoc-Konferenzen, wenn bedeutsame Geset-

Dagmar Freitag, SPD, auf dem Weg zur Sitzung der Arbeitsgruppe Sport.

12.00



17.20

Ursula Mogg, SPD, während der Fraktionssitzung im Reichstagsgebäude.

twoch Donnerstag Fr

zesvorhaben anstehen und angesichts von Verhandlungen mit anderen Parteien oder Fraktionen die eigene Haltung synchronisiert werden sollte. Andererseits stehen auch die Oppositionsfraktionen im Bundestag im Meinungsaustausch mit Mitgliedern aus der eigenen Partei im Bundesrat.

Es geht über die Mittagszeit weiter mit Vorbesprechungen. Denn jede Fraktion ist im Grunde ein Parlament im Parlament: Jede Fraktion gliedert sich in Gruppen von Abgeordneten, die aus verschiedenen Regionen kommen, die politische Grundströmungen bevorzugen, die gemeinsame Anliegen quer zu den einzelnen Fachgebieten verfolgen. Und das alles wird in regelmäßigen Treffen im Auge behalten.

So stimmen die politischen Grundströmungen ihren weiteren Fluss ab. Bei der SPD sind das zum Beispiel die eher konservativen „Seeheimer“, die „PLer“ von der Parlamentarischen Linken und die eher pragmatisch orientierten „Netzwerker“. Schließlich treffen sich innerhalb der Fraktionen auch andere Vereinigungen von Abgeordneten, um die Projekte quer durch die Themen zu prüfen: Bei der CDU/CSU-

Fraktion sind das etwa die „Junge Gruppe“ oder die „Gruppe der Frauen“.

Fraktions-sitzungen

Als zentraler Punkt der Sitzungswoche stellen sich dienstags am frühen Nachmittag die Fraktions-sitzungen dar. Hier wird alles gebündelt, was in den vielen Dutzend anderen Fachgremien vorgeklärt worden ist. Hier geben die Vorsitzenden einen Überblick über die aktuelle Lage und erläutern die Strategie. Hier erläutern in den Regierungsfractionen unter anderem auch der Bundeskanzler und seine Minister die Hintergründe und Zusammenhänge der jüngsten Initiativen. Und hier fallen die herausragenden Vorentscheidungen: Stimmt die Fraktion als Ganzes einem Gesetzesvorhaben zu? Lehnt sie es als Ganzes ab? Also ist hier der Ort und der Zeitpunkt für jedes Fraktionsmitglied, die Meinungsfindung der Gesamtfraction zu beeinflussen: Wer anderer Meinung ist, hat hier die Chance, seine Kollegen von seiner Position zu überzeugen. Vielleicht werden dann auf seine Anregung noch Änderungen vorgesehen. Vielleicht aber auch schließt sich der Einzelne nach der internen Abstimmung der

Mehrheitsposition an, damit die Fraktion nach außen hin wieder geschlossen auftreten kann.

Die Fraktions-sitzungen sind damit der Ort der Vorentscheidung. So wie die Mehrheitsfraktionen sich entscheiden, so soll es – von Korrekturen im Detail abgesehen – später auch Gesetz werden. Deshalb halten sich vor allem die Koalitionsfraktionen über den Stand ihrer internen Beratungen oft gegenseitig auf dem Laufenden. Und deshalb richtet sich auch das Interesse der Medien auf diese Sitzungen. Damit der Meinungsaustausch unbeschwert funktionieren kann, sind die Zusammenkünfte vertraulich. Und doch stehen Ergebnis und Gang der Entscheidungen am nächsten Tag in den Zeitungen. Abgeordnete, die neu hinzu treten, machen die verblüffende Entdeckung, dass auf wundersame Weise sogar wörtliche Zitate aus den Diskussionen den Weg in die Medien finden. Bei mehreren hundert Teilnehmern – außer den Abgeordneten auch Mitarbeiter der Büros, Arbeitsgruppen und Fraktionen, Vertreter der **4 Landesvertretungen** und Ministerien – ist das nicht weiter verwunderlich. Und angesichts der Bedeutung sogar sehr verständlich.

Gunther Krichbaum, CDU/CSU, auf dem Weg zur Arbeitsgruppe Europa.

10.30



15.00

Angelika Brunkhorst, FDP, vor Beginn der Fraktions-sitzung.

Eckart von Klaeden, CDU/CSU, bereitet sich auf die Fraktions-sitzung vor.

15.00



Mittwoch Do

1 Immunität

Sie dient dem Schutz der Parlamentarier vor ungerechtfertigter Strafverfolgung und soll die Arbeitsfähigkeit aufrecht erhalten. Ein Abgeordneter kann ohne förmliche Aufhebung seiner Immunität nicht verhaftet werden oder Ziel strafrechtlicher Ermittlungen sein. Es sei denn, er wird bei Begehung einer Tat oder am darauf folgenden Tag festgenommen. Auf Verlangen des Bundestages müssen Verfahren eingestellt werden.

2 Federführung

Ein Gesetzentwurf wird nach der Einbringung und ersten Lesung zur Detailberatung in Fachausschüsse verwiesen, die von der Materie berührt werden. Einer davon wird mit der Federführung betraut. Er muss nicht nur selbst alles zeitnah unter die Lupe nehmen und etwa Fachleute zu Anhörungen einladen, sondern auch die Stellungnahmen der anderen Ausschüsse rechtzeitig entgegennehmen, anmahnen und bei seiner Empfehlung berücksichtigen.

3 Präsidium

Das Bundestagspräsidium besteht aus dem Präsidenten und seinen Stellvertreterinnen und Stellvertretern (einer je Fraktion). Es berät über Angelegenheiten, die die Leitung des Hauses betreffen. Das Präsidium tagt in jeder Sitzungswoche und wirkt unter anderem an Personalfragen und beim Abschluss wichtiger Verträge mit. Auch bespricht es zum Beispiel Fragen der Öffentlichkeitsarbeit. Das Präsidium ist für die gesamte Wahlperiode gewählt.

**Bundestagsvizepräsidentin
Susanne Kastner, SPD, auf dem
Weg zur Präsidiumssitzung.**

08.00



Der Ausschusstag fängt früh an. Morgens um acht, spätestens um neun Uhr, füllen sich Dutzende von Sitzungssälen mit Leben. Und vor den Bürogebäuden des Bundestages fahren viele Autos mit Blaulicht auf dem Wagendach vor. Denn die Fachpolitiker werden regelmäßig aus erster Hand über die Vorgänge in den Fachgebieten informiert. Die Minister, mindestens aber deren Staatssekretäre, halten die Abgeordneten auf dem Laufenden. Diese prominente Präsenz ist nicht nur der Stellung des Parlaments geschuldet. Die Regierung hat auch ein eigenes Interesse daran, die Fachausschüsse umfassend ins Bild zu setzen – schließlich werden hier die Gesetzentwürfe erörtert und oft auch verändert, auf deren Grundlage Politik funktioniert. Und nicht zuletzt: Ohne Zustimmung des Parlaments und seiner Ausschüsse kann die Regierung keinen einzigen Cent ausgeben.

Damit sich die Regierungsmitglieder unbeschwert von möglichen Reaktionen in der deutschen und internationalen Öffentlichkeit umfassend informieren können, tagen die Ausschüsse in der Regel nicht öffentlich. Einzelne Ausschüsse, bei denen besonders brisante Informationen eine Rolle spielen, wie es mitunter im Auswärtigen Ausschuss, im Verteidigungsausschuss und zuständigen Innenausschuss der Fall ist, können eine verschärfte Form der Vertraulichkeit

wählen. Dann dürfen außer den Abgeordneten keine weiteren Personen, wie zum Beispiel Fraktionsmitarbeiter, an den Sitzungen teilnehmen. Besondere Geheimhaltungsvorschriften gelten auch für parlamentarische Gremien, die zum Beispiel die Nachrichtendienste kontrollieren. Auch Untersuchungsausschüsse, die zur Aufklärung eines klar definierten Themenfeldes oder Vorganges gebildet werden, nehmen ihre Kontrollfunktion nicht nur in öffentlichen Verhandlungen wahr.

Arbeit in den Ausschüssen

Dagegen sind die Expertenanhörungen durch die Ausschüsse in der Regel öffentlich. So kann – etwa durch Übertragungen im Parlamentsfernsehen unter www.bundestag.de – dem Eindruck entgegengetreten werden, dass das Wirken des Bundestages sich im Wesentlichen auf die Reden im Plenum beschränkt. Tatsächlich ist der Bundestag schwerpunktmäßig kein Rede-, sondern ein Arbeitsparlament. Und ein Großteil dieser Arbeit wird in den Ausschüssen geleistet. Zu Beginn jeder Wahlperiode wird festgelegt, wie viele ständige Fachausschüsse gebildet werden. Einige sind vom Grundgesetz vorgeschrieben, wie der Petitions-, der Verteidigungs-, der Auswärtige und der Europa-Ausschuss. Andere ergeben sich aus anderen Vorgaben der Verfassung. So steht dem Bundestag das Budgetrecht zu,

**Kerstin Griese, SPD, vor
Beginn der Sitzung des
Familienausschusses.**

09.30



09.15

**Silke Stokar von Neuforn,
Bündnis 90/Die Grünen, vor der
Sitzung des Innenausschusses.**

nnerstag Freitag Sam

wozu er folglich einen Haushaltsausschuss benötigt. Er hat die Wahlergebnisse zu prüfen, über die **1 Immunität** der Abgeordneten zu wachen und sich selbst eine Geschäftsordnung zu geben. Viele Fachgebiete für ständige Fachausschüsse ergeben sich somit aus der Natur der Sache.

Es hat sich auch als praktisch erwiesen, zur besseren Kontrolle der Regierung deren innerer Organisation die Ausschussaufteilung spiegelbildlich gegenüberzustellen: dem Gesundheits- und Sozialministerium folglich einen Gesundheits- und Sozialausschuss, dem Wirtschafts- und Arbeitsministerium einen Wirtschafts- und Arbeitsausschuss, dem Innenministerium einen Innenausschuss und so weiter.

Aber der Bundestag ist frei, Politikbereiche, die er für seine Arbeit als herausragend wichtig betrachtet, zusätzlich mit eigenen Fachausschüssen abzudecken. Alle Ausschüsse haben einen originären Arbeitsbereich, den sie auch durch zusätzliche Unterausschüsse und Kommissionen abdecken können. Fällt ein Gesetzesvorhaben in diesen Rahmen, erhält der betroffene Ausschuss für die Fachberatungen und Vorbereitung der letzten Entscheidungen die so genannte **2 Federführung**. Andere Ausschüsse, deren Arbeitsschwerpunkt auch betroffen ist, bekommen die Funktion der Mitberatung. Aber nicht nur die Ausschüsse tagen.

Das **3 Präsidium** des Bundestages bespricht die wichtigen Angelegenheiten, die für den Bundestag als Ganzes zu entscheiden sind. Die Parlamentarischen Geschäftsführer (PGF) aller Fraktionen kommen zusammen, um die Feinabstimmung für die Abläufe in der aktuellen und der nächsten Sitzungswoche zu organisieren. Die Verständigung gelingt nicht immer auf Anhieb. Es ist ein Geben und Nehmen und ständiges Austarieren der unterschiedlichen Interessen, und manchmal sind auch mehr als zwei PGF-Runden pro Woche nötig.

Zwischen, vor und nach den Ausschusssitzungen nutzen weitere Gremien die verbleibende Zeit, um in ihrer Arbeit weiterzukommen. So etwa die Parlamentariergruppen, die sich für einzelne Länder oder Regionen auf der Welt intensiver interessieren und den Kontakt zu den dortigen Parlamentskollegen und Regierungsvertretern pflegen.

Erste Plenarsitzung

Der Mittwoch ist zudem regelmäßig der erste Plenarsitzungstag der Woche. Es geht los mit der Regierungsbefragung im Anschluss an die Kabinettsitzung. Ein oder mehrere Bundesminister oder Staatssekretäre unterrichten das Hohe Haus am Mittag über die Beschlüsse, die von der Bundesregierung am Vormittag getroffen worden sind. Dabei können die Abgeordneten auch gezielt nach-

fragen – deshalb die Bezeichnung „Regierungsbefragung“. Es folgt zumeist die Fragestunde, bei der schriftliche Anfragen der Abgeordneten von Regierungsvertretern beantwortet werden und ebenfalls Nachfragen möglich sind – für rund zwei Stunden. An jedem Sitzungstag gibt es sodann die Möglichkeit, eine Aktuelle Stunde in den Sitzungsablauf einzubauen und die ersten regulären Tagesordnungspunkte aufzurufen, also gewissermaßen das Routine-Geschäft der öffentlichen Debatten zu starten.

Einen der Schlusspunkte des Tages setzen die Obleute, also die für jedes Arbeitsgebiet von den Fraktionen benannten Verantwortlichen, die untereinander besprechen, wie weit Gesetzesvorhaben gediehen sind.

Christian Ruck, CDU/CSU, in einer Plenarsitzung.

16.20



Jürgen Koppelin, FDP, während der Fragestunde im Plenarsaal.

13.40



15.40



Uwe Schummer, CDU/CSU, im Plenum.

13.30

Hubert Ulrich, Bündnis 90/ Die Grünen, vor einer Fraktionssondersitzung.



Donnerstag F

1 Plenum

Plenum bedeutet so viel wie Vollversammlung: Es ist die Zusammenkunft aller Mitglieder des Bundestages im Plenarsaal. Das Plenum ist das Zentrum des Bundestages und die entscheidende Instanz. Hier wird der Bundeskanzler gewählt, hier werden die Bundesminister vereidigt, hier werden die Gesetze beschlossen und hier ist das „Forum der Nation“, in dem alle wichtigen Auseinandersetzungen ausgetragen werden.

2 Ältestenrat

Möglichst erfahrene Abgeordnete sitzen im Ältestenrat, der die Abläufe zentral steuert. Der Ältestenrat besteht aus dem Präsidium und weiteren Mitgliedern nach der Stärke der Fraktionen. Der Ältestenrat legt die Tagesordnungen der Plenarsitzungen fest, beschließt über innere Angelegenheiten (etwa Haushaltsplan) des Bundestages und wirkt schlichtend und klärend nach turbulenten Sitzungen. Auch ein Vertreter der Bundesregierung nimmt an den Sitzungen teil.

3 Lesungen

Bevor ein Entwurf Gesetz wird, durchläuft er drei Beratungen im Plenum. Die erste Lesung dient der Vorstellung des Entwurfs, bevor er in die Ausschüsse überwiesen wird. In der zweiten Lesung wird der Entwurf zusammen mit den Änderungsvorschlägen der Fachausschüsse erneut besprochen. Jeder Abgeordnete kann zusätzliche Änderungen beantragen. Im abschließenden, dritten Durchgang folgt die Schlussabstimmung.

Ganz im Zeichen des **1 Plenums** steht in Sitzungswochen der Donnerstag. In der Frühe gibt es noch die Gelegenheit zu einer Morgenandacht, dann eröffnet der Bundestagspräsident oder einer seiner Stellvertreterinnen und Stellvertreter um Punkt neun Uhr die Plenarsitzung. In der Regel wird sie frühestens zwölf Stunden später erst wieder geschlossen, häufig genug aber erst nach 14 oder gar 16 Stunden. Allein diese zeitliche Dimension macht klar, dass es nur ein Missverständnis sein kann, wenn das Publikum, unterstützt von gängigen Medienklischees, immer wieder die möglichst vollständige Präsenz der Abgeordneten während der Plenarsitzungen erwartet. 16 Stunden pausenlos nur sitzen und zuhören – das wäre kaum zu verantworten. Und es käme auch einer Teilblockade des Parlaments gleich, wenn während der gesamten Zeit aller Plenardebatten immer sämtliche 602 Abgeordneten ihre Arbeit einstellen würden.

Natürlich ist der umgekehrte Schluss nicht minder problematisch. Die öffentliche Debatte hat einen zentralen Stellenwert in der parlamentarischen Demokratie. Deshalb gibt es

donnerstags von 9 bis 14 Uhr zunächst die so genannte Kernzeit. Dafür werden Themen vorgesehen, die von breitem öffentlichen Interesse sind und die deshalb auch vor vielen Abgeordneten behandelt werden sollen. Danach jedoch spielt sich über den weiteren Verlauf des Nachmittags, Abends und mitunter auch der Nacht ein häufiger „Schichtwechsel“ ab. Stehen innenpolitische Themen an, füllt sich der Plenarsaal mit Innenpolitikern, folgt eine bildungspolitische Debatte, nehmen vor allem Bildungspolitikern Platz, während einer verteidigungspolitischen Beratung sieht man vor allem Fachleute für Bundeswehr sowie Außen- und Sicherheitspolitik in den Abgeordnetenbänken.

Diese gewöhnliche Arbeitsteilung bedeutet jedoch nicht, dass die anderen Abgeordneten derweil nach Hause fahren oder auf Reisen gehen. Sie bleiben auf Rufweite und verfolgen während des Aktenstudiums und während des Erledigens von Korrespondenz und von Telefonaten an ihrem Schreibtisch den Gang der Debatte über das Hausfernsehen, damit sie bei Bedarf, etwa bei anstehenden Abstimmungen, schnell wieder im Plenarsaal sein können. Der **2 Ältestenrat** nutzt

Manfred Grund, CDU/CSU, gibt in der Westlobby des Reichstagsgebäudes ein Interview.

11.00



12.00

Gustav Herzog, SPD, auf dem Weg in sein Büro.



Jörg van Essen, FDP, auf dem Weg zum Ältestenrat.

14.00



Freitag Samstag Sonntag

die frühen Nachmittagsstunden, um über die Themen der folgenden Sitzungswoche zu beraten, Parlamentariergruppen stimmen sich ab, und immer wieder treffen Abgeordnete auch mit Besuchergruppen aus ihren Wahlkreisen zusammen. Nur Ausschusssitzungen dürfen an Donnerstagen gewöhnlich nicht stattfinden, um Kollisionen mit dem Plenargeschehen von vornherein zu vermeiden. Ausnahmen gelten für den Haushaltsausschuss während der Vorbereitungen des Bundeshaushaltes, da sein Pensum sonst nicht zu schaffen wäre, und für Sondersitzungen, etwa wenn eilige Beschlüsse vorzubereiten sind, zum Beispiel für die Entsendung von Bundeswehrsoldaten.

Rhetorisches Geschick

Längst überholt ist auch das Klischee, dass Bundestagsdebatten per se langweilig seien. Es gibt zwar immer noch viele Abgeordnete, die Teile ihrer Beiträge vom Blatt ablesen und aus Furcht, in ihrer kurzen Redezeit nicht alle ihnen wichtigen Aspekte ansprechen zu können, in Windeseile durch ihr Manuskript rattern. Aber grundsätzlich macht es auch den Politikern selbst mehr Freude, wenn sie rhetorisch geschickt und immer wieder spontan die argumentativen Klänge kreuzen. Die Neuerungen in der Geschäftsordnung haben für ein abwechslungsreiches Debattenklima gesorgt: Zwischenfragen lohnen sich für beide Seiten und bringen den Kern des jeweiligen Konflikts oft auch für die Zuschauer sehr plastisch auf den Punkt. Während der Zwischenfragen und deren Beantwortung wird die Uhr der ablaufenden Redezeit gestoppt. Wer sich also auf eine Auflockerung einlässt, kann nur gewinnen. Hinzugezogen ist auch das Instrument der Kurzintervention: Wenn ein Redner einen anderen Politiker angesprochen hat, kann dieser sofort im Anschluss darauf reagieren und muss nicht warten, bis er zufällig irgendwann an der Reihe ist. Er kann bis zu drei Minuten lang reagieren – und anschließend hat der andere Redner noch einmal die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Weil viele Dutzend Gesetze gleichzeitig in der parlamentarischen „Pipeline“ stecken und ihre Beschlussfassung im Plenum oft langfristig geplant wird, können allgemeine öffentliche Debatten und parlamentarische Beratungen in den verschiedenen **3 Lesungen** auseinander fallen. Um trotzdem

die Nation bewegende Ereignisse und Entwicklungen zeitnah im Bundestag aufgreifen zu können, wird häufig auf das Instrument der „Aktuellen Stunde“ zurückgegriffen. Wenn sich dabei noch größerer Gesprächsbedarf zeigt, kann die Stunde auch verlängert und zu einer regulären Debatte ausgeweitet werden. Es gibt ein jederzeitiges Rederecht für Mitglieder der Bundesregierung und Mitglieder des Bundesrates. Doch die Chancengleichheit ist jederzeit gegeben. Geschieht dies außerhalb der Tagesordnung oder nach Ablauf der regulären Redezeit, so kann umgehend eine neue Ausspracherunde eröffnet werden.

Die Redebeiträge werden grundsätzlich so platziert, dass möglichst Regierung und Opposition im Wechsel zu Wort kommen. Die Großen mehr, die Kleinen weniger. Dafür gibt es die „Berliner Stunde“, die sich in der 15. Wahlperiode aus 32 Minuten für die Regierung und 30 für die Opposition zusammensetzt; dabei werden die Reden der Bundes- und Landesminister ihren Bundestagsparteien zumeist zugerechnet. Und auch der „Berliner Tag“ ist häufig nicht um 21 Uhr zu Ende. Selbst wenn die Sitzung vor Mitternacht beendet wird, geht es mit Nach- und Vorbereitung weiter.



14.00

Hans-Peter Kemper, SPD, trägt sich in die Anwesenheitsliste zur Sitzung des Ältestenrats ein.

Claudia Nolte, CDU/CSU, bei einer Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

17.00



18.30

Micheale Hustedt, Bündnis 90/Die Grünen, spricht im Plenum.

1 Vermittlungsausschuss

Der Vermittlungsausschuss besteht aus 16 Vertretern des Bundestages (nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen) und 16 Vertretern des Bundesrates (für jedes Bundesland einer). Der Vorsitz wechselt vierteljährlich zwischen Parlament und Ländervertretung. Wenn der Bundesrat einem vom Bundestag beschlossenen Gesetz die Zustimmung verweigert, kann der Vermittlungsausschuss sich um einen Kompromiss bemühen.

2 Stenographischer Bericht

Jede Rede, jede Erklärung, jeder Zwischenruf und alle Beifallsbekundungen werden von Stenographen im Plenum protokolliert, so dass man sich ein genaues Bild machen kann. Nach der Übertragung der Mitschrift in die amtliche Form kann der Redner noch zwei Stunden lang stilistische (keine inhaltlichen) Korrekturen vornehmen. Unter www.bundestag.de ist ein Teil des Protokolls oft schon nach wenigen Stunden eingestellt.

3 Hammelsprung

Wenn das Handaufzeigen kein eindeutiges Votum ermöglicht, verlassen die Abgeordneten den Plenarsaal und machen ihre Stimmabgabe dadurch deutlich, dass sie durch eine Ja-, eine Nein- oder eine Enthaltungstür wieder hineinkommen. Der drastische Name wird auf ein Intarsienbild im alten Reichstag über einer der Türen zurückgeführt: Es zeigte den Polyphem aus der Odysseus-Sage beim Zählen seiner Hammel.

Freitag Samstag

Freitagmorgen – Moment der Vorfreude. Viele Abgeordnete freuen sich, heute nach fünf langen Tagen ihre Familie wiedersehen zu können. Mancher rollt den Koffer mit ins Reichstagsgebäude, um von der Sitzung schnell aufbrechen und den gebuchten Flieger kriegen zu können. Denn auch im Heimatwahlkreis ist der Freitag traditioneller Sitzungstag – örtliche Stadt- oder Kreisparteitage erwarten die Anwesenheit und aktuelle Vorträge von „ihrer“ Frau oder „ihrem“ Mann in Berlin. Doch davor steht noch einmal ein Sitzungstag mit einigen zeitlichen Unwägbarkeiten. Besonders, wenn die folgende Kalenderwoche keine Sitzungswoche ist. Dann müssen immer wieder noch wichtige Gesetzesvorhaben parlamentarisch mit dem letzten „Kick“ im Bundestag versehen werden, damit sie auf dem Weg ins Bundesgesetzblatt wichtige Termine einhalten.

Denn jedes Gesetz muss nach der Verabschiedung im Bundestag erst noch einmal in den Bundesrat. Und dessen Sitzungsrhythmus steht lange im Voraus fest. Wenn Gesetze zu bestimmten Stichtagen in Kraft treten sollen, müssen sie rechtzeitig in der Länderkammer ankommen. Deren Votum hat je nach Gesetzesmaterie

unterschiedliches Gewicht. Sind es Regelungsbereiche, in denen die eigene Zuständigkeit der Bundesländer berührt wird, ist die Zustimmung zwingend erforderlich. Stellt die Länderkammer dann die Gesetzesampel erst einmal auf Rot, gibt es die Möglichkeit, im Vermittlungsausschuss mit Vertretern aus Bundestag und Bundesrat zu einem Kompromiss zu kommen, mit dem beide Seiten leben können. Dann muss das Ergebnis des **1 Vermittlungsausschusses** erst ein weiteres Mal durch beide Kammern. Oft am Freitag, weil der Vermittlungsausschuss häufig am Mittwoch bis in die späten Abendstunden tagt.

Abreise ungewiss

Ist hingegen nur die Beteiligung des Bundesrates notwendig und reagiert dieser nach Anrufung des Vermittlungsausschusses mit einem Einspruch, so kann diese Hürde durch erneute Abstimmung im Bundestag beiseite geräumt werden. Allerdings ist zum Zurückweisen dieses Einspruchs eine Mehrheit der Mitglieder des Bundestages notwendig. Die Mehrheit der anwesenden Abgeordneten reicht nicht. Und das bedeutet, dass angesichts der knappen Stimmenverhältnisse auch am Freitag häufig die vollständige Präsenz im Regie-

Markus Kurth,
Bündnis 90/Die Grünen,
vor dem Plenarsaal.

11.30



13.00

Ilse Aigner, CDU/CSU, an der
Tür zum Andachtsraum im
Reichstagsgebäude.

ag Sonntag Montag

runkslager erreicht werden muss. Und wenn das Vorhaben drängt, damit das Gesetz rechtzeitig zu einem bestimmten Stichtag in Kraft treten kann, dann ist die Abreise der Abgeordneten am Freitag ungewiss. Denn erst nach dem Ende der Sitzung im Bundesrat am Freitagmittag oder Freitagnachmittag und der Zustellung des Abstimmungsergebnisses in der Länderkammer beim Bundestag kann dieser erneut über das Gesetz entscheiden und gegebenenfalls den Einspruch des Bundesrates zurückweisen. Da heißt es mitunter warten, warten, warten.

Der Freitag ist also auch noch einmal der Tag der Abstimmungen. Das Parlament kennt vier verschiedene Arten. Die einfachste ist das Handaufheben. Diese wird gewöhnlich bei Entscheidungen über Resolutionen und bei Beschlüssen über die Weiterbehandlung von Initiativen, also der Überweisung in die Fachausschüsse, angewandt. Auch die zweite Lesung über einen Gesetzentwurf geschieht per Handzeichen. Bei der dritten und abschließenden Lesung wird um Zustimmung per Aufstehen gebeten. Das aufwändigste Entscheidungsverfahren ist die geheime Abstimmung, wie sie etwa bei der Wahl des Bundeskanzlers vorgesehen ist. Dann werden alle Abgeordneten mit einer Wahlkarte

und einem Stimmzettel ausgestattet. Das Kreuz wird dann in Wahlkabinen hinter dem Plenarsaal gemacht, die Wahlkarte als Berechtigungsnachweis zur Abgabe des Stimmzettels vorgelegt.

Häufiger ist die namentliche Abstimmung. Dabei wird das Verhalten jedes einzelnen Abgeordneten dokumentiert und auch im **2 Stenographischen Bericht** des Bundestages festgehalten. Zu diesem Zweck versorgt sich jeder Abgeordnete aus seinem persönlichen Fach neben den Eingängen zum Plenarsaal mit kleinen Plastikkärtchen im Kreditkartenformat. Die Stimmkarten gibt es in drei Farben; die blaue bedeutet „Ja“, die rote „Nein“ und die weiße „Enthaltung“. Auf den Karten befindet sich zudem sein Name und ein maschinenlesbarer Balkencode, aus dem der Name und die Fraktionszugehörigkeit des Abstimmenden hervorgeht. Die Abgeordneten werfen ihre Karte in eine der Urnen im Plenarsaal. Dahinter haben sich die Parlamentarischen Geschäftsführer platziert und halten eine farbige Karte hoch – um die eigenen Leute daran zu erinnern, auf welches Abstimmungsverhalten sich ihre Fraktion geeinigt hat. Aber natürlich bleibt jedes Mitglied des Bundestages in seinem persönlichen Abstimmungsverhalten frei.

Durchdringendes Klingelzeichen

Ein weiteres Zählverfahren, ist der so genannte **3 Hammelsprung**. Der wird angewandt, wenn die Mehrheiten im Saal schwer festzustellen sind. Dann verlassen alle Abgeordneten den Plenarsaal und kommen durch verschiedene Türen wieder hinein – es gibt dann eine Ja-, eine Nein- und eine Enthaltungstür. Der Vorgang hat für die Regisseure des Parlamentsgeschehens in den einzelnen Fraktionen den Vorteil, schnell noch weitere Mitglieder benachrichtigen und sie ebenfalls zur Teilnahme herbeiholen zu können. Wenn derartige wichtige Abstimmungen laufen, ertönt in allen Häusern des Bundestages ein durchdringendes Klingelzeichen, damit alle Abgeordneten wissen, dass sie nun schleunigst in den Plenarsaal gehören.

So herrscht Anspannung oftmals bis in die letzte Minute der Arbeitswoche des Parlaments – und für viele Abgeordnete ist auch nach einer 70-Stunden-Woche noch nicht Schluss. Denn zu Hause warten nicht nur Familie, Erholung und Entspannung.

Gabriele Groneberg, SPD, während einer Debatte über erneuerbare Energien.

13.30



15.00

Auf Antje Tillmann, CDU/CSU, wartet bereits Arbeit in ihrem Wahlkreis in Erfurt.

Sibylle Laurischk, FDP, bei einer Veranstaltung im Deutschen Historischen Museum.

17.00



1 Wahlkreis

Damit das Verfassungsgebot der „gleichen“ Wahl eingehalten wird und alle Stimmen gleich viel Gewicht haben, ist das Bundesgebiet in 299 Wahlkreise eingeteilt, die eine annähernd gleiche Bevölkerungsdichte aufweisen. Dies sind durchschnittlich 249.279 Einwohner, wobei gewisse Abweichungen nach oben und unten möglich sind. Faktisch gibt es aber zwischen den Wahlkreisen erhebliche Unterschiede, die sich auch in der Betreuung durch die Abgeordneten niederschlagen: Ein Flächenwahlkreis mit großer Ausdehnung erfordert allein zeitlich mehr Fahr- und Organisationsaufwand als ein auf wenige Kilometer beschränkter Großstadtwahlkreis.

Samstag Son

Volksvertretung – das lässt sich nicht ein- oder ausschalten. Wer Volksvertreter ist, der ist es rund um die Uhr. Auch am Wochenende. Vielleicht sogar besonders intensiv. Denn hier ist die Gelegenheit der direkten Begegnung, die Verpflichtung zu ständiger Rechenschaft. Was für andere pures Vergnügen ist, kommt beim Abgeordneten in den offiziellen Terminkalender.

„Am Wochenende gehören Papa und Mama mir“ – Politikerkinder sind daran gewöhnt, dass das für sie nur mit großen Abstrichen gilt und auf vielleicht ein Wochenende im Monat beschränkt ist. Denn natürlich soll der Volksvertreter nicht nur im Wahlkampf in seiner Region präsent sein. Was für die Bürger seines **1 Wahlkreises** Anlass zum Feiern ist, soll für ihn Anlass zum Mitfeiern sein – und gern wird bei Jubiläen auch ein nettes Geschenk des Abgeordneten entgegengenommen. Wer nach der Wahl zu seinen Wählern auf Distanz geht, hat kaum Chancen auf eine Wiederwahl oder darauf, von den örtlichen Parteigremien nach vier Jahren wieder aufgestellt zu werden.

Besonders zwischen zwei Sitzungswochen bildet das Wochenende auch

die einzige Möglichkeit, die während des Aufenthaltes in Berlin angefallenen Dinge im Wahlkreisbüro zu erledigen. Vieles kann zwar unter der Woche im Telefonkontakt und Computerverbund von der Hauptstadt aus geregelt werden. Aber nicht alles. Und so sind ein paar Stunden für diesen Schreibtisch einzuplanen.

Aktenstudium und Besprechungen

Nicht alles konnte auch während der Sitzungswoche studiert werden. Manche Themen, die zu den Schwerpunkten der politischen Arbeit des jeweiligen Abgeordneten gehören, wurden von der Lawine anderer Themen überrollt und müssen nun durchgearbeitet werden, damit der Abgeordnete zum Start in die neue Woche auch argumentativ fit ist und sich in den neuesten Entwicklungen und Details seiner Materie auskennt. Meistens reicht Aktenstudium allein nicht – Telefonate mit Mitarbeitern und Kollegen laufen auch über das Wochenende.

Zudem haben die Abgeordneten bereits auf dem Weg ins Parlament oft in der Region Verantwortung für ihre Partei übernommen, sind Mitglieder im Orts- oder Kreisvorstand oder sogar

Eckhardt Barthel, SPD,
in seinem Berliner Wahlkreis.



Sa.



Sa.

Peter Ramsauer, CDU/CSU,
arbeitet seine Akten auf.

Peter Danckert, SPD,
studiert die Post.



Sa.

ntag Montag Diensta

Vorsitzende dieser Gremien. Da ist es ganz besonders wichtig, die örtlichen Parteiangelegenheiten durch Treffen mit Kolleginnen und Kollegen aus Orts- und Kreispartei vorständen in der Hand zu behalten. Für die eigene politische Zukunft kann es verhängnisvoll sein, wenn in der Heimat der Eindruck aufkommt, dass der Abgeordnete mit dem Kopf nur noch in der Bundespolitik ist. Umgekehrt erwarten die Bürger „zu Hause“, dass sie aus erster Hand die Vorgänge in Berlin erklärt bekommen. Wo die Abgeordneten gebeten werden, Grußworte zu Vereinsjubiläen zu sprechen, die Tagungen von Verbänden oder Ortsparteien mit zu eröffnen, da wollen die Zuhörer immer wieder auch einen kurzen „Bericht aus Berlin“ vermittelt bekommen.

Gerade für Mitglieder der Mehrheitsfraktionen ist das nicht immer einfach, wenn das Regierungshandeln mal wieder in scharfer Kritik der Öffentlichkeit steht. Oftmals kommen die Abgeordneten aus ihrem Wochenende dann mit einer ganz spezifischen Stimmung in die Fraktion zurück, und mitunter haben diese intensiven Begegnungen mit dem Volk auch eine veränderte Politik zur Folge – zumindest die Notwendigkeit, das Handeln öffentlich noch besser zu begründen.

Regelmäßig ist das Wochenende auch willkommene Gelegenheit, Initiativen zu mehr öffentlicher Wirksamkeit zu verhelfen, die unter der Woche in der Fülle der Themen untergegangen sind. Für Interviews und Hinweise am Samstag oder Sonntag sind die Medien in nachrichtenarmen Zeiten besonders dankbar. Und so können Abgeordnete die nächste Sitzungswoche auch schon publizistisch vorbereiten und selbst aus der zweiten oder dritten Reihe heraus neue Themen setzen – und so vielleicht den Boden für Ideen bereiten, die dann auch in den eigenen Reihen in der folgenden Sitzungswoche größere Chancen haben.



Politik findet immer statt

Die strikte Unterscheidung zwischen Sitzungswoche = Berlin und Nichtsitzungswoche = Wahlkreis wird immer brüchiger. Politik findet immer statt. Gerade wer mehr Verantwortung trägt, weil er etwa im Fraktionsvorstand arbeitet oder die Zuständigkeit für ein Thema hat, das gerade in aller Munde ist, der tut gut daran, auch in der sitzungsfreien Zeit immer wieder in der Hauptstadt präsent zu sein. Die zunehmende Zahl von Pressekonferenzen und Hintergrundgesprächen in sitzungsfreier Zeit macht dies deutlich.

Daneben sitzen Abgeordnete in zahlreichen Gremien. Kaum eine Regierungskonferenz, kaum eine Reise, die nicht auch parlamentarisch flankiert würde. Die Vertretung des deutschen Volkes beschränkt sich nicht nur auf den Raum zwischen Flensburg und Bodensee.

Zudem wäre es fahrlässig, wenn die Abgeordneten sich allein auf das beschränkten, was ihnen am grünen Tisch präsentiert wird. Sie müssen sich auch ein eigenes Bild machen: Als Forschungspolitiker in Instituten, als Gesundheitspolitiker in Kliniken, als Sicherheitspolitiker in Kasernen. Das geht nicht während der Sitzungswoche. Also füllen sich die Terminkalender auch in den anderen Wochen.

Stets machen sich auch Kommissionen Gedanken über größere Politik-Projekte. Deren Arbeit gilt es zu begleiten. Und nicht zuletzt betrachten sich Abgeordnete nicht nur während des Wahlkampfes als Politiker zum Anfassen. So sind die regelmäßigen Bürgersprechstunden wichtige Eintragungen im schnell gefüllten Plan der „freien“ Zeit.

Infos zum Thema

Feststehende parlamentarische Termine

Diese Übersicht vermittelt beispielhaft einen Eindruck von der vielfältigen Tätigkeit der Abgeordneten innerhalb ihrer parlamentarischen Aufgaben während einer Sitzungswoche. Zu den feststehenden Terminen treten noch zahlreiche persönliche Termine, die die Abgeordneten in einer Sitzungswoche wahrnehmen. Im Jahr gibt es 21 Sitzungswochen.

	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
09.00		Arbeitsgruppe	Ausschusssitzung	Plenarsitzung (ganztäglich)	Plenarsitzung (ganztäglich)
10.00					
11.00					
12.00					Enquete-kommission
13.00			Befragung der Bundesregierung		öffentliche Anhörung
14.00		Parlamentariergruppe	Fragestunde	Ältestenrat	
15.00		Fraktions-sitzung	ggf. Aktuelle Stunde	ggf. Aktuelle Stunde	
16.00					
17.00	Fraktionsvorstand				
18.00					
19.00					
20.00	Landesgruppe				

Parlament kompakt

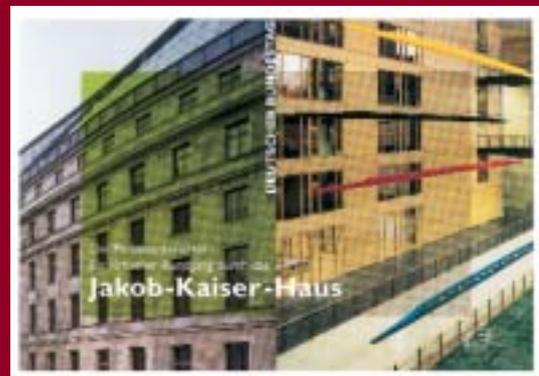
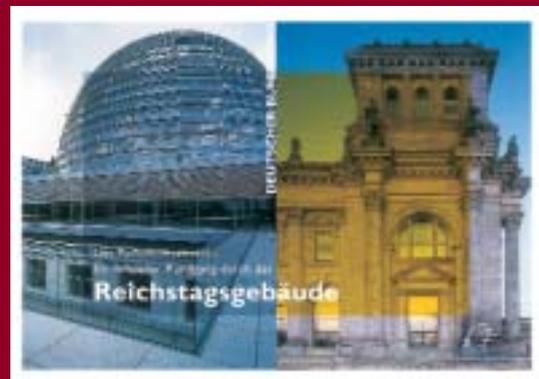
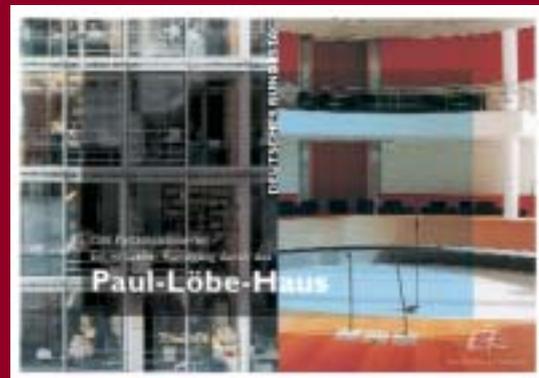
Informationen zum 15. Deutschen Bundestag
Der Bundestag ist das zentrale Organ der Demokratie in Deutschland. Hier arbeiten die gewählten Vertreter des Volkes, hier werden die unterschiedlichen Interessen und Meinungen der Bürger diskutiert, und hier werden wichtige Entscheidungen für die Entwicklung unseres Landes getroffen. Genügend Gründe, um einen Blick hinter die Kulissen zu werfen. „Parlament kompakt“ gibt Ihnen einen Überblick über die Rolle des Bundestages im politischen System Deutschlands, erklärt seine vielfältigen Aufgaben und Gremien und stellt Ihnen die 602 Abgeordneten der 15. Legislaturperiode vor.



Virtuelle Rundgänge durch das Parlamentsviertel

Reichstagsgebäude
Jakob-Kaiser-Haus
Paul-Löbe-Haus

Besichtigen Sie von zu Hause aus das Parlamentsviertel in Berlin. In geführten Touren oder in individuellen Rundgängen erfahren Sie alles zur Geschichte, Architektur und Kunst der Parlamentsbauten und über den parlamentarischen Alltag.



Die CDs und weiteres Informationsmaterial können Sie kostenlos bestellen unter www.bundestag.de (Service).



Nun sind alle Schätze unter einem Dach

DORIS BUHR-ENGEL arbeitet in der Pressedokumentation des Deutschen Bundestages. Sie weiß nicht alles, aber fast immer, wo es zu finden ist.



Von ihrem Schreibtisch aus, zwei Etagen über Null, kann sie auf die Spree schauen. Über dem Fenster spannt sich draußen wie ein großes Vordach die Freitreppe des Marie-Elisabeth-Lüders-Hauses, auf der an warmen Tagen Menschen sitzen und in die Sonne blinzeln. Unten fahren Schiffe vorbei, und manchmal schließt Doris Buhr-Engel eine Wette mit sich ab, ob sie es um die enge Kurve schaffen oder Kurs auf ihren Schreibtisch nehmen.

Für diesen recht unwahrscheinlichen Fall hat die 49-jährige keinen Plan, ansonsten aber ist es ihre Aufgabe, auf jede Frage möglichst schnell Antworten zu finden. Besser gesagt, sie muss recherchieren, wo die Antwort auf die Frage steht. Eine Dienstleisterin im besten Sinne des Wortes also ist sie, die Leiterin des Bereiches Auskunft des Referats PI 3, Pressedokumentation. Schon allein deshalb, weil der gelernten Bibliothekarin diese Arbeit unglaublich viel Spaß macht. Auch wenn sie nichts mit Büchern zu tun hat, sondern mit Zeitungen und Magazinen.

Zum ersten Mal in der Geschichte des Referats sind in dem neuen Bundestagsbau alle Schätze unter einem Dach. Bis vor kurzem noch wurden sie von den verschiedenen Bonner Liegenschaften nach Berlin und hier in eine nachvollziehbare Ordnung gebracht. Das war eine gigantische Arbeit, die allen, die daran beteiligt waren, noch einmal deutlich machte, wie viele Informationen sie in ihrer Obhut haben – auf Papier, als Buch, in Aktenordnern oder auf Film. 23 Millionen Zeitungsausschnitte beispielsweise. Dagegen kommen die inzwischen rund 675.000 elektronisch gespeicherten Artikel noch nicht an. Diese Art der Archivierung gibt es auch erst seit 1999. Bis dahin wurden die

Presseartikel im Papierformat gesammelt.

Doris Buhr-Engel, auf deren Schreibtisch wirklich zwei Engel aus Holz und Metall für Glück und Wohlbefinden sorgen, arbeitet seit 1977 im Bundestag. Angefangen hat sie im Parlamentsarchiv, ein Jahr später wechselte sie zur Pressedokumentation. Zu Beginn war sie ein wenig skeptisch, ob das Zeitungsmetier sie ausfüllt und fordert. Aber dann hat sie sich in den Job verliebt, bei dem sie sich manchmal wie ein weiblicher Sherlock Holmes vorkommt, wenn sie, nur mit zwei oder drei Stichworten versorgt, auf die Suche nach Zusammenhängen geht.

Das nämlich ist als Leiterin des Auskunftsbereiches ihre vornehmliche Aufgabe – Presseinformationen zu bestimmten Themen, meist unter starkem Zeitdruck und mit hohem Aktualitätsbezug, zusammenzustellen. Die Anfragen kommen direkt aus den Abgeordnetenbüros, aber auch aus den Ausschüssen und Gremien des Bundestages. Während Journalisten direkt auf das papiergestützte Alt-Archiv zurückgreifen können, kann dies für eine Doktorarbeit oder Habilitationsschrift nur nach Anfrage geschehen.

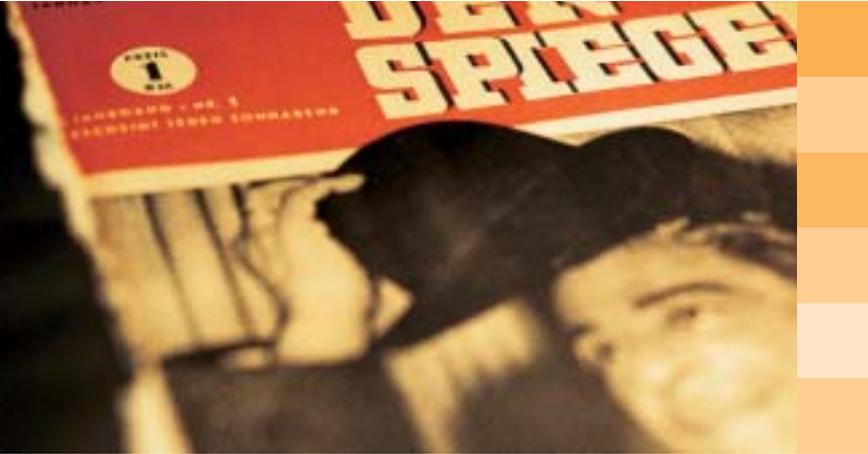
Möglich ist, dass ein Auftrag lautet: „Suchen Sie mir doch bitte einige Artikel zu Ally McBeal raus.“ Auch über diese amerikanische Kultfrau aus einer US-amerikanischen Serie liegen Presseauschnitte vor oder können aus

externen Datenbanken recherchiert werden. Meist kommen die Anfragen per Telefon oder E-Mail auf die Tische von Doris Buhr-Engel oder ihrer fünf Kolleginnen und Kollegen, deren Arbeit sie koordiniert. Ihr Ehrgeiz ist, bereits im Vorfeld die richtigen Nachfragen zu stellen, um einzugrenzen oder zu erweitern und möglichst schnell herauszubekommen, was genau der Frager oder die Fragerin möchte. Die richtigen Nachfragen zu einer Anfrage könne man nur stellen, sagt die Bereichsleiterin, wenn man wisse, wovon der andere überhaupt rede. Also hat sie natürlich auch zu Hause Tageszeitungen abonniert, obwohl das Referat jeden Tag rund 100 verschiedene Zeitungen und Magazine bekommt, von denen 60 ausgewertet werden.

Pünktlich um halb neun am Morgen wird an Werktagen in das Intranet des Bundestages ein Pressespiegel gestellt, 60 bis 70 Artikel, die aus den Zeitungen ausgewählt, gescannt und anschließend in die verschiedenen Themenbereiche der Pressemappe einsortiert werden. Die Kolleginnen und Kollegen von Doris Buhr-Engel fangen mit dieser Arbeit morgens um sechs an. Die gebürtige Rheinländerin hat das selbst viele Jahre gemacht und kennt den morgendlichen Stress gut, der damit verbunden ist.

Nach 8.30 Uhr geht die Auswertung der Zeitungen und Magazine weiter, zirka 600 bis 700 Artikel wer-





den täglich nach einem eigens für das elektronische Archiv entwickelten Thesaurus verschlagwortet und archiviert. Davon profitieren dann neben den Abgeordnetenbüros vor allem auch die Ausschüsse des Bundestages. Ursprünglich waren einmal 1.500 Schlagworte für den Thesaurus geplant, inzwischen sind es viel mehr. Doris Buhr-Engel hat einmal gelesen, dass es bis zu Zeiten Alexander von Humboldts (1769 bis 1859) möglich war, so etwas wie ein Universalwissen zu haben. Seitdem aber gibt es zu viel, was man wissen kann, und nie war es wichtiger als heute, vor allem zu wissen, wo die Information zu finden ist.

An der Wand hinter ihrem Arbeitsplatz steht ein großes Regal, das hin und wieder von einem Mitarbeiter des Referats mit Zeitungen gefüllt wird. Neben der tagesaktuellen Auslage der deutschen und ausländischen Presse im Informationsbüro im Jakob-Kaiser-Haus bleiben die Ausgaben mindestens einen Monat griffbereit in den Ablagefächern des Auskunftsbereichs im Marie-Elisabeth-Lüders-Haus, bevor sie ins Archiv wandern und nach Abgleichung mit Mikrofilmen nach einigen Monaten entsorgt werden.

Solange sie all diese Dinge über Abläufe und Aufgaben erzählt, hält es Doris Buhr-Engel an ihrem Schreibtisch mit Spreeblick. Dann aber fragt man nach den historischen Schätzen des Archivs, und die schlanke dunkelhaarige Frau mit der Pagenfrisur kommt

ins Schwärmen. Sie schlägt einen Rundgang vor durch die neu geordneten und frisch eingeräumten Archivräume. Zuerst aber geht es in den benachbarten Lesesaal, in dem hohe Regale alle gebundenen Ausgaben der Magazine „Spiegel“, „Stern“ und „Focus“ sowie wichtige ausländische Magazine enthalten. Sogar „Quick“ und „Pardon“ der fünfziger und sechziger Jahre sind einsehbar. Von dem Moment an wird Zeit ein relativer Faktor, denn man gerät beim Aufschlagen des einen und anderen Bandes in Verzückung und beginnt zu lesen und zu schauen und zu staunen und sich zu erinnern. Kein elektronisches Archiv kommt gegen das Vergnügen an, Dinge in die Hand zu nehmen.

Doris Buhr-Engel erzählt von den Anfangszeiten in Berlin, die ein Abenteuer waren. Sie hat sich neu einzurichten, eine Ordnung zu finden für die nach und nach aus Bonn transportierten Archivbestände, zu sehen, wie die Räume sich füllen, die leicht auf Schienen fahrenden Regale bestückt werden, wie alles System bekommt. Beispielsweise das Personenarchiv. Außen an den Regalen ist ablesbar, welche Namensartikel in den langen Regalreihen zu finden sind: Merkel bis Murmann, Murphy bis Pätzold, Pachmann bis Rapacki, Rapp bis Ronneburger, Ros bis Scharf und Springer bis Strauß.

Herr Steiger, ein Archivmitarbeiter, der die Inhalte der Regale zu kennen

scheint wie seine Westentasche, weist mit einer Stimme, die tauglich für die Synchronisation von Westernfilmen klingt, auf besondere Schätze hin. Hier die „Leipziger Illustrierte Zeitung“ von 1848 und die „Berliner Illustrierte“ von 1897 mit ihren wunderbaren Zeichnungen und Karikaturen, hier die „Times“, alle Ausgaben von 1854 an. Nur ganz wenige Archive haben diese Zeitung vollständig. Es gibt Regale, die sind nur gefüllt mit archivierten Buchrezensionen und andere, in denen sich ausschließlich Karikaturen befinden.

Kürzlich, erzählt Doris Buhr-Engel, interessierte sich ein Benutzer für Karikaturen, auf denen die Weltkugel zu sehen ist. Selbst der ausgefeilte Thesaurus hatte die Kombination Karikatur und Weltkugel nicht im Angebot, also musste überlegt werden, wie man die Aufgabe anders lösen kann. Karikaturen, die sich mit internationaler Politik befassen, lagen da nahe, solche zum Thema Krieg, Weltmächte, internationale Kongresse oder Gipfelveranstaltungen, Weltraumfahrt und Umweltproblematik. So etwas macht Doris Buhr-Engel Spaß, wenn Recherche eine Herausforderung ist.

In einem der letzten Räume findet man dann eine Sammlung alter Stempel, die einst benutzt wurden, um die Presseauschnitte mit dem jeweiligen Zeitungstitel zu versehen. „Die haben wir gerettet“, sagt Doris Buhr-Engel und streicht vorsichtig mit den Fingern über die Erinnerungsstücke.

Inzwischen sind die Finger staubig von alten Presseauschnitten und vom Blättern in alten Zeitungen. Man hätte sich darin verlieren können.

Eigentlich sagt man ja, nichts sei so alt, wie die Zeitung von gestern. Aber so gesammelt und sortiert und liebevoll behandelt, sind sie einfach wunderbar und gewinnen manchen Kampf gegen die Zeitung von morgen.

Text: Kathrin Gerlof

Fotos: studio kohlmeier





Die Schuldenuhr beim Bund der Steuerzahler in Wiesbaden im November 2002.

Forum: Haushalt **Wege aus der Haushaltsmisere**

„Kampf dem Angstsparen“, „Berlin kündigt Stabilitätspakt auf“ oder „Steuerschätzung offenbart Milliardenlöcher“. Schlagzeilen wie diese bestimmten in den vergangenen Wochen die innenpolitischen Nachrichten. Was aber hat das Sparverhalten der Deutschen mit dem europäischen Stabilitätspakt zu tun oder mit den Milliardenlöchern in den öffentlichen Haushalten? Was ist eine Steuerschätzung? Und was bedeuten die Haushaltslöcher wiederum für den Bürger?

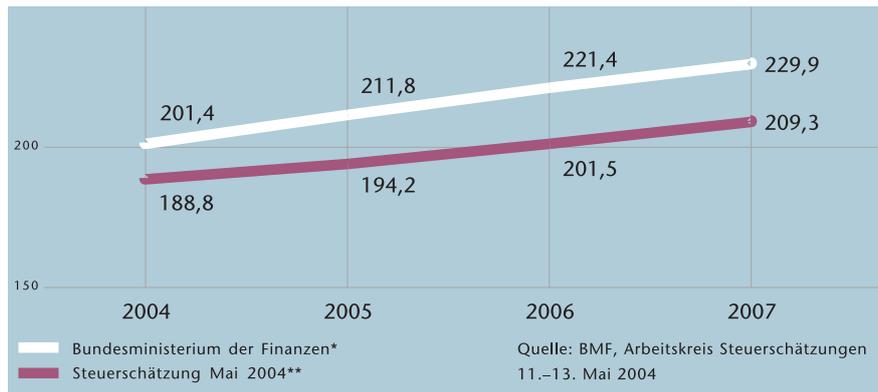
Text: Timot Szent-Ivanyi, Fotos: picture-alliance, Deutscher Bundestag, Grafiken: Marc Mendelson



Um die vielfältigen Zusammenhänge zu erklären, soll bei den Steuereinnahmen begonnen werden. Bund, Länder und Gemeinden können ihre diversen Aufgaben nur erfüllen, wenn sie über ausreichende Einnahmen verfügen. Dabei spielen die Steuern neben Gebühren, Beiträgen und Krediten die größte Rolle. In Deutschland gibt es derzeit mehr als 30 Steuerarten, wobei der Großteil der Staatseinnahmen nur aus wenigen Steuerquellen sprudelt. Die ergiebigsten sind die Umsatz- sowie die Lohn- und Einkommensteuer. Deren Aufkommen summiert sich auf rund 250 Milliarden Euro pro Jahr. Werden noch die drei nächstgrößeren Steuerquellen – Mineralölsteuer, Gewerbesteuer und Körperschaftsteuer – hinzugerechnet, dann sind bereits vier Fünftel der gesamten Steuereinnahmen in Höhe von rund 460 Milliarden Euro jährlich zusammen.

Die Einnahmen aus einer Steuer stehen entweder einer der drei Gebietskörperschaften – also Bund,

Erwartete Steuereinnahmen des Bundes bis 2007 (Mrd. Euro)



* Ohne Berücksichtigung der Finanzeffekte aus der Gegenfinanzierung der vorgezogenen Steuerreformstufe 2005.

** Nach Ergänzungszuweisungen, Umsatzsteuerverteilung und Finanzausgleich.

Ländern und Kommunen – allein zu, oder es handelt sich um so genannte Gemeinschaftssteuern. So kassiert beispielsweise der Bund die Tabaksteuer allein, während die Kfz-Steuer ausschließlich in die Kassen der Länder fließt. Umsatzsteuer, Lohn- und Einkommensteuer, Zinsabschlagsteuer und Körperschaftsteuer werden dage-

gen in bestimmten Verhältnissen aufgeteilt.

Aus den Steuereinnahmen werden Straßen und Schulen gebaut, Polizei und Bundeswehr finanziert oder die Sozialhilfe bezahlt. Reichen die Einnahmen nicht aus, müssen Kredite aufgenommen werden. Das ist unproblematisch, solange sich die Verschuldung



Am Dreiklang festhalten

Walter Schöler, SPD

Die Haushalts- und Finanzpolitik ist aufgrund der dreijährigen konjunkturellen Stagnationsphase hohen Belastungen ausgesetzt. Diese bestehen in massiven Steuerausfällen und hohen Mehrausgaben für den Arbeitsmarkt. Trotzdem halten wir an dem finanzpolitischen Dreiklang aus Strukturreformen, Haushaltskonsolidierung und Wachstumsförderung fest.

Zur Fortführung der langfristig angelegten Konsolidierung des Bundeshaushalts gibt es keine Alternative. Gleichzeitig muss die Politik bei den bis zur endgültigen Verabschiedung des Bundeshaushalts 2005 zu treffenden haushaltspolitischen Entscheidungen beachten, dass die konjunkturelle Belebung nicht beeinträchtigt wird. Der Bundeshaushalt 2005 muss den Anforderungen von Konsolidierung und Wachstum gerecht werden.

Der Bundeshaushalt 2005 muss ferner den Vorgaben der Verfassung entsprechen. Das heißt, die Neuverschuldung darf die Summe der Investitionen nicht überschreiten. Zum Ausgleich der konjunkturbedingten Belastungen müssen die verfassungsrechtlich vorhandenen Verschuldungsspielräume ausgenutzt werden. Die bereits beschlossenen Konsolidierungsschritte werden wir konsequent umsetzen. Die danach verbleibende Lücke werden wir durch Privatisierungserlöse schließen.

Ein weiteres unverzichtbares Element zur Finanzierung künftiger Haushalte ist die Weiterführung des Subventionsabbaus. Hier geht es in erster Linie um den Abbau von ungerechtfertigten oder nicht mehr finanzierbaren Steuervergünstigungen, wie der Eigenheimzulage.

Wenn sich die CDU/CSU hier weiter verweigert und weiter ihre rein machtpolitisch motivierte Blockadepolitik betreibt, dann werden die öffentlichen Haushalte auf allen Ebenen – das heißt Bund, Länder und Kommunen – auch weiterhin große Probleme haben. Was die CDU/CSU bisher in der Haushalts- und Finanzpolitik an Politik- und Lösungsverweigerung betreibt, ist die bewusste Hinnahme und Verschärfung der finanziellen Probleme des Staates, um wieder im Bund an die Macht zu kommen.



walter.schoeler@bundestag.de
www.walter-schoeler.de



in einem überschaubaren Rahmen hält. Doch das ist seit einigen Jahren nicht mehr der Fall.

1.399.088.061.230 Euro

Derzeit steigen die Schulden der öffentlichen Haushalte nach Berechnungen des Bundes der Steuerzahler pro Sekunde um 2.186 Euro. Am Ende des Jahres werden es danach 1.399.088.061.230 Euro, also rund 1,4 Billionen Euro sein. Um eine anschauliche Vorstellung von dieser unfassbar großen Zahl zu gewinnen: Würde man die öffentliche Hand verpflichten, ab sofort keine neuen Schulden aufzunehmen und jeden Monat eine Milliarde Euro zu tilgen, so dauerte es 110 Jahre, um den Schuldenberg abzutragen.

Wie dramatisch die Situation ist, zeigt auch der Haushalt von Bundesfinanzminister Hans Eichel (SPD). So gibt der Bund im Jahre 2004 etwa 40 Milliarden Euro – das ist jeder sechste Euro aus dem Haushalt – für Kreditzinsen aus. Die Zinsen für die gesamten Bundesschulden in Höhe von rund 790

Milliarden Euro stellen nach dem Zuschuss zur gesetzlichen Rentenversicherung den zweitgrößten Kostenblock dar. Zum Vergleich: Für Bildung und Forschung sind lediglich acht Milliarden Euro reserviert. Das zeigt, wie stark die Handlungsfähigkeit des Staates schon jetzt durch die hohe Verschuldung eingeschränkt ist. Außerdem gilt nach Ansicht vieler Ökonomen der Satz „Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen“. Denn irgendwann muss der Staat die Steuern anheben, um die Kreditzinsen noch bezahlen zu können.

Der extreme Anstieg der Verschuldung in den vergangenen Jahren liegt allerdings nicht nur am mangelnden Sparwillen der Regierungen in Bund und Ländern, sondern vor allem an der schwierigen Konjunkturlage. Deutschland befindet sich seit drei Jahren in einer Stagnation, das heißt, die Wirtschaft wächst nicht mehr. Erkennbar ist das an der Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes, also des Wertes aller in einer Volkswirtschaft produzierten

Güter und Dienstleistungen. Die Folgen der Stagnation sind: Die Arbeitslosigkeit verharrt weiter auf einem hohen Niveau, die Unternehmensgewinne sowie die Einkommen der Arbeitnehmer steigen nur wenig oder gar nicht. Das führt zwar nicht automatisch zu neuen Haushaltslöchern. Da die Bundesregierung aber bei ihren Etatplanungen stets von höheren Wachstumsraten ausgegangen ist, wird die Schere zwischen den eingeplanten Einnahmen und Ausgaben und den tatsächlichen Werten immer größer.

Angstsparen der Bürger

Verschärft wird die Situation durch das so genannte Angstsparen. Die Bürger sind durch die Reformbeschlüsse der Bundesregierung in den Bereichen Rente, Arbeitsmarkt und Gesundheit tief verunsichert, wie die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrem Frühjahrgutachten analysierten. Statt das Geld für Waren oder Dienstleistungen auszugeben, sparen



Kassensturz muss her

Dietrich Austermann, CDU/CSU

Die Lage der öffentlichen Haushalte ist gekennzeichnet durch stagnierende Einnahmen und explodierende Ausgaben und dadurch steigende Defizite. Fast die gesamten erwarteten Steuereinnahmen werden für die „Finanzierung von Vergangenheit“, also Renten, Versorgung, Zinsen, Soziales und Personal ausgegeben. Wenn die Politik nicht gegensteuert, wird sich die Nettokreditaufnahme des Bundes in den nächsten Jahren auf dem Niveau von etwa 40 Milliarden Euro stabilisieren.

Die konsumtiven Ausgaben des Bundes müssen mit harten und rigiden Maßnahmen zurückgeführt werden. Sparen ist oberstes Gebot. Ein realistischer Kasenssturz muss her. Dazu ist dann ein Haushaltssicherungsgesetz erforderlich, das in erheblichem Umfang in gesetzliche Leistungen eingreift. In einem ersten haushaltswirksamen Schritt könnte die Kreditaufnahme des Bundes etwa auf die Hälfte des jetzt erreichten Niveaus zurückgeführt und in den Folgejahren der Haushalt strukturell deutlich entlastet werden. Nur so können in der Perspektive wieder mehr Mittel für Investitionen, für den Bildungs- und Forschungsbereich und für die Familien zur Verfügung gestellt werden.

Da der Bundeshaushalt mit der finanziellen Unterstützung des Arbeitsmarktes und des Rentensystems sowie bei den Steuereinnahmen ein Spiegel der wirtschaftlichen Situation Deutschlands ist, muss darüber hinaus eine langfristig angelegte vertrauensbildende Politik erfolgen, die mehr Investitionen und Konsum und somit Wachstum und Beschäftigung generiert. Weiter sind dringende Strukturreformen auf dem Arbeitsmarkt und in den sozialen Sicherungssystemen erforderlich. Nur so besteht eine realistische Chance, dass sich die Einnahmesituation der öffentlichen Haushalte mittelfristig stabilisiert und die (Über-)Beanspruchung der Haushalte mit Sozialausgaben zurückgeht.



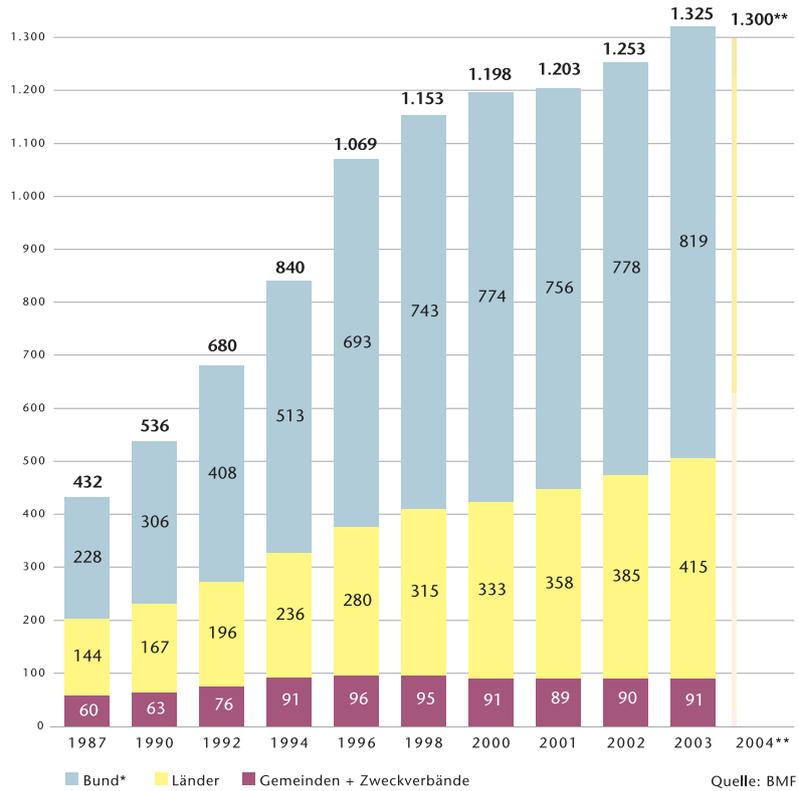
dietrich.austermann@bundestag.de
www.dietrich-austermann.de



die Bürger. So stieg die Sparquote – sie bezeichnet den Anteil der Ersparnisse am verfügbaren Einkommen – von 9,6 Prozent Ende 2000 auf 10,8 Prozent im Jahre 2003. Während die privaten Haushalte in Deutschland 2002 noch 146 Milliarden Euro auf die hohe Kante legten, waren es vergangenes Jahr schon 151,3 Milliarden. Das sorgt für leere Kassen beim Handel und verstärkt damit die ohnehin bereits bestehende Wirtschaftsflaute.

Wie sich Stagnation und Angstsparen auf die Steuereinnahmen auswirken, hat die Steuerschätzung im Mai gezeigt. So haben die Steuerexperten von Bund, Ländern, Bundesbank, Statistischem Bundesamt und Wirtschaftsforschungsinstituten auf ihrer traditionellen, drei Tage dauernden Sitzung errechnet, dass bis 2007 die Einnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden um insgesamt 61 Milliarden Euro niedriger sein werden als geplant. Allein beim Bund summieren sich die Ausfälle 2004 und 2005 auf 17,6 Milliarden Euro, obwohl schon

Schulden der öffentlichen Haushalte (Mrd. Euro)



* einschließlich Sondervermögen des Bundes ** geschätzt



Wir müssen umdenken

Antje Hermenau, Bündnis 90/Die Grünen

Die Stabilisierung der öffentlichen Finanzen ist ein Kernthema unserer Zeit. Wenn man nachhaltige Finanzpolitik betreiben will, kommt man um eine Reform der Ausgabenstruktur nicht herum. Ein solches Umdenken in Richtung Strukturreformen und Subventionsabbau erfordert einen Mentalitätswechsel in der Politik und in der Bevölkerung.

Die vergangenheitsbezogenen Ausgaben Rentenzuschuss und Zinszahlungen machen inzwischen mehr als 60 Prozent der Ausgaben des Bundes aus. Beim Subventionsabbau muss jeder kleine Fortschritt mühsam erkämpft werden. Da die Misere der öffentlichen Finanzen eine ausgewogene Kollektivleistung der Parteien aus den letzten 30 Jahren ist, kann eine tragfähige Lösung nur in parteiübergreifender Kooperation zustande kommen. Bisher hat der Bundesrat, in dem die CDU/CSU die Mehrheit hat, viele wichtige Reformschritte boykottiert, zum Beispiel im Haushaltsbegleitgesetz 2004. So verzögert Machtpolitik in unverantwortlicher Weise Sachpolitik.

Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern ist unerlässlich. Außerdem muß die Agenda 2010 weiterentwickelt werden. Zusätzlich bedarf es einer realistischen Wachstumsprognose. Die Steuerschätzer haben für die Jahre ab 2006 sehr optimistisch Wachstumsraten von deutlich über drei Prozent prognostiziert. Das koloniale Zeitalter ist endgültig zu Ende, genauso wie der Kalte Krieg. Realistische Annahmen, die man nicht dauernd korrigieren muss, stärken das Vertrauen der Bevölkerung und der Investoren. Sind diese Voraussetzungen geschaffen, kann man die Haushaltslöcher 2005 vor allem über Privatisierungserlöse finanzieren. Erfolgreiches Umsteuern wird sich im Sinken des Zuschusses an die Bundesanstalt für Arbeit oder im Verbessern der Einnahmen der Rentenversicherung zeigen.



antje.hermenau@bundestag.de
www.antje-hermenau.de



in diesem Jahr mit einem Anziehen der Konjunktur gerechnet wird. Dennoch bleiben die Löcher groß, weil die drei Stagnationsjahre nachwirken. Das liegt am so genannten Basiseffekt: Läuft die Konjunktur in einem Jahr schlechter als erwartet, macht sich das bei den Steuereinnahmen auch in Folgejahren negativ bemerkbar.

Wege aus der Misere

Neben den Steuermindereinnahmen kommen beim Bund weitere Faktoren hinzu, die das Haushaltsminus vergrößern. Dazu zählen die weiterhin hohen Ausgaben für die Arbeitslosigkeit und zusätzliche Einnahmeausfälle, zum Beispiel auf Grund der später startenden Lkw-Maut oder des gesunkenen Bundesbankgewinns. Nach Schätzungen des Bundesfinanzministeriums dürfte sich das Haushaltsloch 2004 und 2005 dadurch auf mehr als 30 Milliarden Euro belaufen.

Welchen Ausweg gibt es aus dieser Situation? Regierungen haben grundsätzlich mehrere Möglichkeiten,

auf diese Entwicklung zu reagieren. So können sie versuchen, die Einnahmeverluste durch höhere Steuern oder Ausgabekürzungen bei Sozialleistungen aufzufangen. Das dürfte jedoch in der Regel zu einer weiteren Verschärfung der Krise führen. Oder es könnten kurzfristig die Ausgaben gesteigert werden, um mit Staatsaufträgen die Wirtschaft anzukurbeln (siehe Kasten).

Ein weiteres Mittel wären Steuerensenkungen, damit Bürger und Unternehmen mehr Geld ausgeben können. Die beiden letztgenannten Varianten vergrößern jedoch kräftig die Verschuldung und verlagern damit die Probleme in die Zukunft. Als risikoarme Alternative gilt hingegen das Konzept der „automatischen Stabilisatoren“. Dabei wird an der ursprünglichen Etatplanung festgehalten; Mindereinnahmen bei den Steuern beziehungsweise Mehrausgaben für die höhere Zahl von Arbeitslosen werden in Kauf genommen. Das führt zwar zeitweise ebenfalls zu höheren

Schulden. Das Konzept sieht aber gleichzeitig in besseren Zeiten einen – gleichfalls automatischen – Abbau der Kredite durch die dann erzielten Steuermehreinnahmen vor.

Deutschland ist in der Wahl seiner Mittel aber nicht ganz frei. Zum einen setzt das Grundgesetz Grenzen. Artikel 115 schreibt vor, dass die Kredite die Summe der Investitionen nicht überschreiten dürfen. Eine Ausnahme wird nur zur „Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts“ erlaubt. Davon hatte die Bundesregierung zum Beispiel 2003 Gebrauch gemacht. So führte das Vorziehen der eigentlich erst für 2005 geplanten Steuerensenkungen zwar zu einer Verletzung des Artikels 115. Die Regierung argumentierte aber, die Steuerensenkungen würden helfen, die Konjunktur wieder in Gang zu bringen.

Außerdem hat sich Deutschland als Mitglied der europäischen Währungsunion dazu verpflichtet, die Staatsverschuldung in engen Grenzen zu hal-



Tabus nicht respektieren

Jürgen Koppelin, FDP

Die Bundesregierung hat die Ziele einer Haushaltskonsolidierung und des Schuldenabbaus regelmäßig verfehlt. Auch 2004 werden die Schuldenaufnahmen Rekordhöhe erreichen. Um die kommenden Haushalte solide zu finanzieren, sind Maßnahmen auf der Einnahmen- und Ausgabenseite notwendig. Kurzfristig muss ein Nachtragshaushalt und ein Haushaltssicherungsgesetz vorgelegt werden, um hohe Schuldenaufnahmen zu reduzieren. Mittel- und langfristig müssen jedoch die Haushaltsprobleme durch weitere Maßnahmen und Reformen behoben werden.

Nur eine wachsende Wirtschaft sichert dem Staat einen hohen Beschäftigungsgrad und dadurch ausreichende Steuereinnahmen. Steuererhöhungen wie zum Beispiel die Ökosteuern waren Gift für die deutsche Wirtschaft, die in einem harten internationalen Wettbewerb steht. Dringend nötig ist ein Investitionsklima, das für ausreichendes Wachstum und Beschäftigung sorgt. Dazu hat die FDP eine radikale Steuerreform bereits in einem Gesetzentwurf vorgelegt. Ebenso ein Begrenzungs-gesetz für Subventionen, um Steuerensenkungen bezahlbar zu machen. Das kann zur Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen und somit dem Staat Einnahmen bringen und die Ausgabenseite zur Finanzierung der Arbeitslosigkeit entlasten. Zusätzlich muss ein radikaler Bürokratieabbau erfolgen, damit es wieder leichter wird, neue Firmen zu gründen und Arbeitsplätze zu schaffen.

Einsparungen im Bundeshaushalt dürfen kein Tabu sein. Die FDP hat zum Bundeshaushalt 2004 in über 200 Anträgen Einsparvorschläge von 3,5 Milliarden Euro gemacht, die von Rot-Grün leider abgelehnt wurden. Stattdessen wurden weitere Subventionen von über 15 Milliarden Euro für die Steinkohle zugesagt und beschlossen. Ein entschlossener Konsolidierungskurs und tief greifende Reformen sind schon deshalb notwendig, damit kommende Generationen nicht durch hohe Steuern die Schulden der rot-grünen Regierung abtragen müssen.



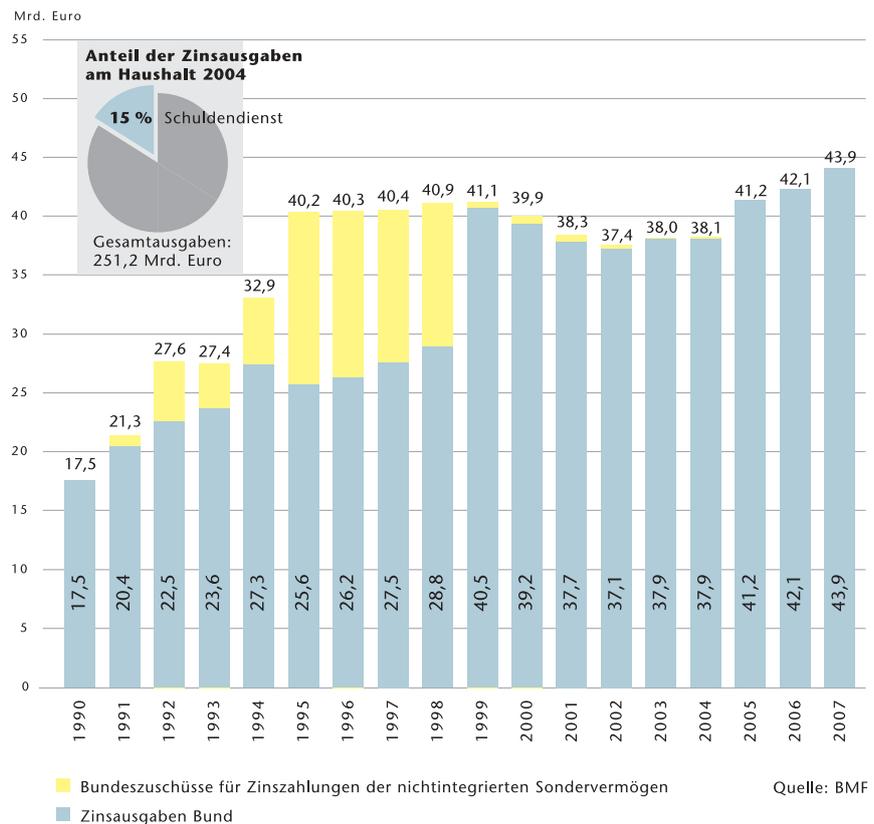
juergen.koppelin@bundestag.de
www.juergen-koppelin.de



ten. Diese werden im Europäischen Wachstums- und Stabilitätspakt durch zwei Kriterien bestimmt: Das Verschuldungskriterium bestimmt den Anteil der Gesamtverschuldung am Bruttoinlandsprodukt (BIP). Es darf nach dem Euro-Pakt 60 Prozent nicht überschreiten. Allerdings wird der Schuldenstand allgemein nicht für so wichtig erachtet wie das Defizitkriterium. Es ist als Verhältnis zwischen den in einem Jahr neu aufgenommenen Schulden (Nettoneuverschuldung) zum BIP definiert und darf nicht höher als drei Prozent sein.

Deutschland wird aller Voraussicht nach 2005 das vierte Mal in Folge gegen den Stabilitätspakt verstoßen, weil sowohl das Verschuldungs- als auch das Defizitkriterium verletzt werden. Damit ist Deutschland aber kein Einzelfall: Mehr als die Hälfte der Euro-Länder werden die Stabilitätskriterien verfehlen.

Entwicklung der Zinslasten des Bundes 1990 bis 2007



Keynesianismus

Wenn der Staat eingreifen soll

FOTO: ULLSTEIN



John Maynard Keynes.

In der Debatte um die richtige Antwort auf Konjunkturkrisen und Haushaltslöcher von vielen Milliarden ist immer wieder die Rede vom Keynesianismus. Dabei handelt es sich um

eine in den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts von John Maynard Keynes (1883 bis 1946) aufgestellte Wirtschaftstheorie.

Keynes befasste sich damals vor allem mit der Weltwirtschaftskrise, die zu einem beispiellosen Zusammenbruch von Volkswirtschaften geführt hatte. In seinem 1936 erschienenen Hauptwerk „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“ brach er mit der bis dahin gültigen Lehre, wonach Arbeitslosigkeit entsteht, weil die Lohnkosten gemessen an der Nachfrage zu hoch seien.

Die Weltwirtschaftskrise zeigte aber, dass diese Theorie nicht stimmen konnte. Denn sinkende Löhne führten viele Länder noch tiefer in die Krise. Nach Keynes Ansicht war die seit 1929 anhaltend hohe Arbeitslosigkeit vielmehr durch eine mangelnde Nachfrage nach Gütern bedingt.

Das heißt, die Unternehmen konnten ihre Waren oder Dienstleistungen nicht verkaufen. Sein Rat gegen die Misere: Der Staat solle aktiv in die Wirtschaft eingreifen, und zwar antizyklisch. In der Rezession müsse er die fehlende Nachfrage ausgleichen und die Wirtschaft durch die Vergabe von Aufträgen für Straßen oder öffentliche Gebäude ankurbeln, gegebenenfalls unter Inkaufnahme von Schulden. In Boomphasen solle die öffentliche Hand jedoch die Ausgaben senken, um Mittel für Schwächeperioden zurückzulegen. Diese „nachfrageorientierte“ Wirtschaftspolitik funktionierte in Deutschland in den sechziger Jahren unter dem damaligen Wirtschaftsminister Karl Schiller (SPD). In den siebziger Jahren führte sie aber zu einer hohen Staatsverschuldung, ohne die Arbeitslosigkeit wesentlich zu senken.

Timot Szent-Ivanyi



Welche Subventionen kann sich der Staat in Zeiten knappster Kassen noch leisten? Darf es weiter „Kohle für die Kohle“ geben oder ist der Aufbau Ost wichtiger?

Subventionen: Keine

Blickpunkt Bundestag: Die Bundesregierung hat gerade beschlossen, die Steinkohle bis zum Jahr 2012 mit knapp 16 Milliarden Euro weiter zu fördern, wenn auch mit abnehmender Tendenz. Wenn deutsche Steinkohle dreimal so teuer ist wie Importkohle, ist dann diese Subvention noch zu rechtfertigen?

Michael Müller: Natürlich ist das eine hohe Summe, aber wir haben auch erheblich gekürzt, von fast drei Milliarden auf 1,8 Milliarden Euro im Jahr. Zudem wird das Unternehmen insgesamt mit rund einer Milliarde Euro mehr belastet. Vor dem Hintergrund, dass die Kohle der Energieträger ist, der am längsten von den fossilen Energieträgern bestehen bleiben wird, ist diese Unterstützung ökonomisch vertretbar. Die entscheidende Frage ist, ob diese Politik eine Perspektive hat.

Blickpunkt: Hat Sie eine Perspektive, Herr Günther? Müsste der Staat nicht eher in die Zukunft als in die Vergangenheit investieren?

Joachim Günther: Natürlich. Und wir müssen uns die Frage stellen: Was bringen uns Subventionen überhaupt? Und wie müssen wir mit ihnen in der Zukunft umgehen? Das gilt in besonderem Maße für die Steinkohle. Aus unserer

Sicht müssen die Steinkohlesubventionen schneller heruntergefahren werden. Jetzt haben wir die kuriose Situation, dass wir sowohl die Steinkohle als auch die erneuerbaren Energien in fast gleicher Höhe subventionieren. Das ist keine besonders klare Politik.

Blickpunkt: Bleiben wir noch bei der Kohle. 16 Milliarden Euro für 40.000 Kumpel in den nächsten acht Jahren – damit wird jeder Steinkohlearbeitsplatz jährlich mit 50.000 Euro finanziert. Ist das nicht altes Denken?

Müller: Zugegeben, es mag so wirken. Aber vergessen wir nicht, dass wir dabei auch Vergangenheitslasten abzubauen haben. Außerdem: Eine sofortige Stilllegung wäre vermutlich nicht billiger, vielleicht sogar noch teurer, weil man vieles auf einmal zahlen müsste.

Günther: Bei der Braunkohle ist es doch auch gegangen!

Müller: Das können Sie nicht vergleichen. Die Situation der Braunkohle war völlig anders. Fast kein anderes Land der Erde hat die Umwelt so belastet wie die DDR. Aber: Die Hauptfrage ist doch, welchen zukünftigen energiepolitischen Kurs wir fahren wollen. Dabei ist das Ressourcenproblem – also die Frage der Rohstoffe – die zentrale Zukunftsaussinandersetzung. Es muss stärker um die alternativen



Darüber führte
BLICKPUNKT BUNDESTAG
ein Streitgespräch mit
dem stellvertretenden
Vorsitzenden der
SPD-Bundestagsfraktion,
MICHAEL MÜLLER, und
dem FDP-Bundestags-
abgeordneten
JOACHIM GÜNTHER.



FOTOS: PHALANX FOTOGENTUR

Kohle mehr?

Energien, etwa die Solarwirtschaft, gehen, aber es ist auch klar, dass in vielen Bereichen der Welt hochmoderne Energie-Kohletechnik eine zunehmende Bedeutung bekommt. Insofern ist der Doppelschritt aus Effizienz und Solarenergie, den wir machen, durchaus sinnvoll.

Blickpunkt: Was ist denn der Hauptgrund für die Unterstützung der Kohle? Ein sozialverträglicher Beschäftigungsabbau oder die nationale Energiesicherheit?

Müller: Ich würde eher den technischen Aspekt unterstreichen. Wenn wir hochmoderne Kohlekraftwerke mit hohen Wirkungsgraden nicht selbst betreiben, können wir diese Technik auch nicht fortentwickeln und exportieren. Es besteht aber ein großer Weltmarkt dafür.

Günther: Aber die Frage bleibt doch, ob die Kohle generell die Zukunftsenergie ist. Wenn man die Milliardensummen beispielsweise in die Wasserstofftechnik oder in andere Alternativen investieren würde, könnten wir vielleicht schneller zu einem zukunftssträchtigen Ergebnis kommen.

Müller: Aber das bekämpfen Sie doch gerade mit der Ablehnung des Erneuerbaren-Energie-Gesetzes.

Blickpunkt: Haben die Menschen in den neuen Ländern

Verständnis für die massive Förderung der Steinkohle?

Günther: Den meisten Menschen im Lande sind die enormen Summen gar nicht genau bekannt. Aber fast alle Landesregierungen in den neuen Ländern beklagen, dass hier eher in die Vergangenheit investiert wird. Deshalb plädieren sie auch dafür, darüber nachzudenken, ob die Schritte nicht kürzer sein müssten und das Geld schneller umgelenkt werden könnte in Zukunftsbereiche wie Bildung und Forschung. Das wäre im Übrigen auch für die im Bergbau Beschäftigten ehrlicher und sinnvoller, weil es für sie neue Perspektiven gäbe.

Blickpunkt: Spielt bei der Kohleförderung ein westdeutscher Egoismus eine Rolle oder die Rücksicht auf bevorstehende Wahlen in Nordrhein-Westfalen?

Müller: Das sehe ich nicht. Wir haben auch erhebliche Kraftanstrengungen für die Braunkohle in Ostdeutschland unternommen. Oder denken Sie an unsere Veränderungen beim Emissionshandel, die zu einem erheblichen Teil den neuen Ländern zugute kommen.

Günther: Ich bleibe dabei: Bei uns war der Kohlerückbau viel härter und hat viele Menschen schwer betroffen, weil es keine vergleichbaren Subventionen im Hintergrund gab.



Im Gespräch: Michael Müller ...

Blickpunkt: Der Osten sorgt sich, dass der Aufbau Ost stecken bleiben könnte. Ist der Kampf um Subventionen härter geworden?

Günther: Das wird oft so dargestellt. Dabei geht es in Wahrheit gar nicht in erster Linie um mehr Geld. Das Entscheidende, was wir im Osten brauchen, ist weniger Bürokratie. Wir müssen den Mut haben, bestimmte Gebiete mit Sonderrechten auszustatten. Wenn das nicht gelingt, wandert die Wirtschaft weiter nach Osten aus. In Tschechien beispielsweise werden Unternehmen, die investieren, zehn Jahre steuerfrei gestellt.

Blickpunkt: Insgesamt sind 1.250 Milliarden Euro an Bruttotransferleistungen in die neuen Bundesländer geflossen – trotzdem bleibt der Aufschwung aus. Müssen da nicht Zweifel an der Wirkung staatlicher Förderungspolitik aufkommen?

Günther: Vieles mag da nicht optimal gelaufen sein. Deshalb sage ich ja auch, dass die Förderung mit Geld allein nicht entscheidend ist. Nach wie vor wandern die Leute aus dem Osten ab, in den nächsten zehn Jahren befürchten wir einen weiteren Aderlass von einer Million Menschen. Das wäre eine Katastrophe. Deshalb müssen wir radikal umdenken und neue Bedingungen für die Wirtschaft schaffen.

Müller: Es ist keine Lösung, wenn man sich den Niedriglohnsektoren Osteuropas anpasst. Das wäre das Fatalste,

denn das ist eine Spirale ohne Ende. Das ist so, als würde man einen Patienten für halbtot erklären, darauf die Dosis erhöhen, so dass der Patient erst recht stirbt. Die Qualität der deutschen Wirtschaft ergibt sich aus der Leistungsfähigkeit, aus dem Bildungsniveau, der Innovationskraft, der Teamfähigkeit. Deshalb müssen wir in diese Richtung die Weichen stellen. Sonst können wir, kann Europa, in Zeiten der Globalisierung nicht bestehen.

Blickpunkt: Ist das bisherige Gießkannenprinzip bei den Subventionen falsch? Brauchen wir eine „Leuchtturm“-Politik?

Günther: Auf jeden Fall muss man sich auf bestimmte Strategien konzentrieren. Eine Festlegung auf einzelne Städte oder „Leuchtturm“-Bereiche halte ich für problematisch. Man muss vernetzt denken. Also: gezielte Förderung der Infrastruktur etwa.

Müller: Leuchttürme sind wichtig. Aber es geht genauso auch um die Verknüpfung einzelner Branchen mit Wissenschaft, Dienstleistung, Zulieferanten. Es geht um die Breite und mehr Qualifikation.

Blickpunkt: Spielen sich Ost und West beim Gerangel um Staatshilfen gegeneinander aus?

Günther: Die Gefahr besteht, aber das muss verhindert werden. Am wichtigsten ist, dass der Staat vernünftige Bedingungen für die Ansiedlung von Betrieben schafft. Wenn die Bevölkerungsabwanderung im Osten nicht gestoppt wird, dann verfallen in den Städten Theater und Straßen.

Müller: Eine Gefahr, die nicht auf die neuen Länder beschränkt bliebe. Alle westlichen Industrieländer werden ohne eine Gegensteuerung in den nächsten Jahrzehnten massive Probleme bekommen. Dafür spricht schon allein die Bevölkerungsentwicklung. Wir werden lernen müssen, auch mit Schrumpfungsprozessen produktiv umzugehen.

Das Gespräch führte Sönke Petersen.



Reden Sie mit beim Thema „Subventionen“:

Michael Müller, SPD: michael.mueller@bundestag.de

Joachim Günther, FDP: joachim.guenther@bundestag.de

Redaktion: blickpunkt@media-consulta.com

... und Joachim Günther.





Begegnungen im Parlamentsviertel Spurensuche

Der Bundespressestrand ist wieder da. Und damit wird das Parlamentsviertel um eine weitere Freiluftattraktion reicher. „Der Sommer kann jetzt kommen“, sagt **Johanna Ismayr**, die den Bundespressestrand nun schon im zweiten Jahr betreibt. „Dieses Jahr wird er noch größer, noch bunter und noch attraktiver.“ Am Reichstagsufer gleich neben dem Paul-Löbe-Haus warten Liegen, Strandkörbe und Bänke auf Politiker, Journalisten und Neugierige, die ins Gespräch kommen möchten oder einfach nur die Füße in den weißen Sand stecken wollen. Für den künstlich angelegten Strand wurden 100 Tonnen Sand aus Brandenburg angefahren. Wenn das Wetter mitspielt, wird der eine oder andere vielleicht einen Blick in den Abendhimmel über Berlin wagen, sich die Sterne ansehen und über den Ursprung des Lebens nachdenken.



Gab es Leben auf dem Mars?

Die Suche nach dem Ursprung des Lebens hat die Menschen schon immer fasziniert. Heute helfen dabei auch Forschung und Technik, insbesondere die zurzeit laufenden europäischen Raumfahrtmissionen Rosetta und Mars Express. Welchen Anteil Deutschland an diesen Missionen hat, zeigte die Veranstaltung „Auf der Suche nach dem Ursprung des Lebens“, die der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt im Paul-Löbe-Haus durchführte. Das Parlamentsgebäude, in dem sonst die Ausschüsse tagen, sei ein geeigneter Veranstaltungsort, um die Leistungen der deutschen Raumfahrt, aber auch der Forschungspolitik ins Bild zu setzen, sagte die Ausschussvorsitzende **Ulrike Flach**. Und sie wünschte sich, „dass die Besucher am Ende als Fans für die Raumfahrt nach Hause gehen“.

Für den Abend war das Foyer in futuristisches Licht getaucht, auf einer großen Leinwand liefen Informationsfilme, und auf der Bühne fanden sich die kreativen Köpfe, die hinter den Projekten stehen, zu einer Diskussionsrunde ein. **Sigmar Wittig**, Vorstandsvorsitzender des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt, verwies auf das hoffnungsvolle Forschungsklima in Deutschland, das dieses Jahr geprägt ist „durch das ‚Jahr der Technik‘, der Innovationen und ein Land der Ideen werden soll“. Erfolge kann die deutsche Raumfahrt bereits feiern. Die im März gestartete Mission Rosetta soll im Jahr 2014 erstmals in der Geschichte der Raumfahrt eine Landeeinheit auf einem Kometen absetzen und helfen, die Frage nach dem Ursprung des Lebens zu beantworten. Ob es Leben auf dem Mars gab, untersucht derzeit auch die Mission Mars Express. An Bord der Raumsonde befindet sich eine in Deutschland entwickelte Kamera, die bereits faszinierende Bilder von der Marsoberfläche lieferte.

Nicht ganz so weit muss man gehen, um die Ausstellung des Fotografen **Jens Liebchen** im Marie-Elisabeth-Lüders-Haus zu besuchen. Schräg gegenüber dem Bundespressestrand, gleich unter der großen Freitreppe, die diesen Sommer sicherlich viele Besucher zum Verweilen anziehen wird, liegen die neuen Ausstellungsräume des Bundestages. Liebchen war dem Kunst-am-Bau-Projekt des Bundestages auf der Spur. Er beobachtete Künstlerinnen und Künstler, die sich an der Ausgestaltung der Bundestagsgebäude beteiligt haben. Gerhard Richter, Jenny Holzer, Georg Baselitz oder Neo Rauch – sie alle wurden von ihm bei der Konzeption oder der Installation ihrer Werke fotografiert. Was bleibt, sind damit nicht nur ihre Kunstwerke, sondern auch die Bilder ihres Arbeitens in den Räumen der Macht und ihrer Auseinandersetzung mit Kunst, Architektur und Politik. Festgehalten ist das alles im Bildband „Politik und Kunst – Kunst und Politik. Künstler und ihre Werke im Reichstagsgebäude“ (Edition J. J. Heckenhauer).



Gerhard Richter

Text: hfr, Fotos: Jens Liebchen, picture-alliance



Parlamentarisches Patenschaftsprogramm Ein Jahr Botschafter oder Botschafterin sein

Ein Patenschaftsprogramm des Bundestages lässt diesen Traum wahr werden.

Text: Kathrin Gerlof

Fotos: picture-alliance, Deutscher Bundestag



Ein Jahr in einem anderen Land leben ist ein Traum, den viele junge Menschen haben. Freundschaften schließen, Neues über sich und andere lernen, den Blick erweitern, 365 Tage lang ein anderer Alltag – das macht stärker, offener und klüger. Seit nunmehr 20 Jahren ermöglicht der Bundestag dies alljährlich rund 400 jungen Deutschen, deren Wunsch es ist, ein solches Jahr in den USA zu verbringen. Das Parlamentarische Patenschaftsprogramm (PPP) ist getragen von einer engen Kooperation zwischen dem Bundestag, sechs Austauschorganisationen und den beiden Ländern, die eine lange Geschichte verbindet. Es wird ergänzt durch internationale Parlamentspraktika (IPP) über 15 Wochen, die sich auf Stipendiaten aus 18 vor allem jungen Demokratien konzentrieren und künftige Führungskräfte aus den Herkunftsländern qualifizieren sollen.

1683 landeten dreizehn deutsche Familien mennonitischen Glaubens in Philadelphia, um ein neues Leben zu beginnen. Dieses Ereignis kann als Beginn einer langen und nicht abreißen- den Beziehung zwischen Nordamerikanern und Deutschen gelten. Mit der Gründung der Vereinigten Staaten von Amerika 1776 und der Entstehung des Deutschen Reiches 1871 wurde es ein bilaterales Verhältnis mit wechselvoller Geschichte.

Heute verbindet sich mit dem parlamentarischen Austauschprogramm der Wunsch, die jungen Deutschen mögen in den USA als Botschafter ihres Landes dazu beitragen, dass Freundschaft gefestigt und Neugier geweckt wird und dass man mehr voneinander erfährt und weiß. „Wenn man ein Jahr in einer Gastfamilie bringt, die Highschool besucht oder ein Praktikum in einem Betrieb macht, sammelt man die unterschiedlichsten Erfahrungen“, sagt der CDU/CSU- Abgeordnete Wolfgang Börnsen,

Hauptberichterstatter des PPP für den Deutschen Bundestag. „Man kommt als gestärkter, unabhängiger Mensch zurück. Wir schicken Schülerinnen und Schüler und junge Berufstätige, die sich bei uns bewerben, als Stipendiaten in die USA. Sie sollen einen Beitrag zur Verständigung beider Länder leisten. Sie leben bei sorgsam ausgewählten Gastfamilien. Wir kümmern uns darum, dass sie gut vorbereitet werden und im Bundestag jemanden haben, der für sie da ist.“

Deshalb heißt es Patenschaftsprogramm. Abgeordnete übernehmen für ein Jahr die Patenschaft für einen Stipendiaten.“ Gegenwärtig sind das 400 Parlamentarier. Sie haben auch über die Auswahl der Stipendiaten mitzuentcheiden, denn es bewerben sich jedesmal rund tausend um die begehrten Plätze. „Ab 16 Jahre kann man teilnehmen. Voraussetzung ist eine ausführliche Bewerbung bei einer der Austauschorganisationen. Unsere Kriterien sind: Kommunikative Fähigkeiten, gute Englischkenntnisse, Durchhaltevermögen, Interesse an und



Alexander Bonde, B'90/Grüne.

Engagement in gesellschaftlichen Prozessen. Toleranz ist wichtig, Aufgeschlossenheit und natürlich Neugier.“

Im Gegenzug kommen jährlich immer zur Jahresmitte rund 400 junge Menschen aus den USA nach Deutschland. Die Kosten für das Jahr werden jeweils zur Hälfte vom Bundestag und vom US-amerikanischen Kongress übernommen, nur das Taschengeld

kommt von zu Hause. So haben Jugendliche aus ganz unterschiedlichen Einkommensverhältnissen die Chance auf ein solches Jahr.

Wolfgang Börnsen erzählt mit großer Begeisterung von dieser in seinen Augen sehr erfolgreichen, weil lebensnahen und weltoffenen Art der Bildung. „Viele von denen, die an einem solchen Austausch teilgenommen haben, engagieren sich später in der Politik, in der Wirtschaft, manche entscheiden, ein Studium in den USA zu



Wolfgang Börnsen, CDU/CSU.

absolvieren, die meisten lassen die entstandenen Kontakte nicht abreißen. Ehemalige Austauschschüler engagieren sich in vielen gesellschaftlichen Bereichen unseres Landes. Man kann stolz auf sie sein.“

Einer von den Ehemaligen ist Alexander Bonde, 29 Jahre und Bundestagsabgeordneter von Bündnis 90/Die Grünen. In diesem Jahr ist er zum ersten mal Pate einer Austauschschülerin. Er war 1992 als Stipendiat in einem kleinen Ort auf Hawaii und besuchte dort die Highschool. „Man bekommt ein anderes Bewusstsein von seinem Land, denn so weit weg wird man mit allem, was

andere mit Deutschland assoziieren, in Verbindung gebracht. Man wird zu allem gefragt und hinterfragt. Auf Hawaii gehörte ich als Weißer zur Minderheit. Das war auch eine wichtige Erfahrung. Man lernt einfach viel über sich und seinen kulturellen Hintergrund. Und man lernt, dass man alles auch anders machen kann. Das Leben bekommt plötzlich viel mehr Möglichkeiten. Eine solche Chance wahrzunehmen, kann ich nur jedem empfehlen.“

Alljährlich fährt eine Delegation aus Abgeordneten und Mitarbeitern der Austauschorganisationen in drei Bundesstaaten der USA, um mit Gasteltern zu reden und vor Ort zu sehen, wie es den jungen deutschen Botschafterinnen und Botschaftern geht. Das wird auch in den kommenden Jahren so sein, denn das PPP wird fortgesetzt.

Katarina Wenk-Bodenmiller hat ein Jahr in Berlin verbracht. Die 19-Jährige fliegt nun wieder zurück nach Florida. Da sie bereits einen Highschool-Abschluss hat, wurde ihr in Berlin ein Praktikum beim Europäischen Informationscenter ermöglicht. „Eine gute Vorbereitung auf mein Studium der Außenpolitik, denn ich werde als Schwerpunkt Europa wählen. Das Jahr hier war einfach toll, ich habe so viel gelernt und gesehen und ich weiß jetzt, dass ich mich für das richtige Studium entschieden habe.“

Anstoß für das Austauschjahr war der gute Deutschunterricht an der Heimatschule und der Wunsch, die Welt kennen zu lernen, die man später studieren möchte. Katarina Wenk-Bodenmiller fällt der Abschied nach dem Jahr schwer: „Ich habe so nette Gasteltern, ich glaube, die besten, die man nur haben kann. Die Arbeit hat Spaß gemacht und wenn es nach mir ginge, könnte das Ganze noch länger dauern.“

Informationen unter: www.bundestag.de (Dialog)

Das Faltblatt und Bewerbungsunterlagen können schriftlich angefordert werden unter der Adresse:

**Deutscher Bundestag
Verwaltung, Referat PB 4
Platz der Republik 1, 11011 Berlin**



Drei Fragen an Abgeordnete

PANORAMA

Frau Mantel, was ist Ihr Lieblingsort in Berlin?

Mein Lieblingsort in Berlin ist der Gendarmenmarkt. Er hat italienisches Flair und erinnert mich als Bayerin sehr an München. Er ist besonders im Sommer und in den Abendstunden wundervoll, wenn alles angestrahlt ist und man die herausragende Architektur bewundern kann.

Worüber haben Sie zuletzt gelacht?

Sehr gelacht habe ich über „Herrn Professor Dr. Gesine Schwan“. Der Versprecher von Bundestagspräsident Wolfgang Thierse während der Bundesversammlung ist nicht zuletzt deshalb lustig, weil ja immer wieder von der Koalition betont wurde, dass sie bewusst eine Frau vorschlägt.

FOTO: DEUTSCHER BUNDESTAG



Dorothee Mantel

Was soll als Nächstes von Ihrem Schreibtisch?

Suchen Sie sich einen der vielen Stapel aus! Aber im Ernst, was ich täglich immer als erstes beantworte, sind die Bürgerschriften aus unseren drei Landkreisen im Wahlkreis. Nicht, weil diese vom Schreibtisch müssen, sondern weil diese von allen Anliegen, die hereinkommen, die oberste Priorität haben. Außerdem freut mich jedes Erfolgserlebnis sehr, wenn ich den Menschen helfen konnte und es zeigt, dass man auch in der Opposition im Wahlkreis sehr viel bewirken kann.

Dorothee Mantel, Jahrgang 1978, ist seit 2002 für die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag und Mitglied im Innenausschuss.

dorothee.mantel@bundestag.de
www.dorothee.info



FOTO: DEUTSCHER BUNDESTAG



Welches Buch lesen Sie gerade?

Margrit Wetzel: „Ich lese ‚Eine kurze Geschichte von fast allem‘ von Bill Bryson“

1992 haben sich hier (in den USA) mehr als 400.000 Menschen an Sesseln, Sofas oder Schlafcouchen lädiert. Was lernen wir daraus? Etwas Entscheidendes über das Design moderner Möbel oder nur, dass die Leute hier außergewöhnlich sorglose Hinsetzer sind? Auf jeden Fall, dass das Problem immer schlimmer wird. Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Zahl der Sessel-, Sofa- und Schlafcouchunfälle um 30.000 erhöht, was ein Besorgnis erregender Trend selbst für diejenigen von uns ist, die Polstermöbeln offen und furchtlos entgegneten.

Politik ist heute reine Ernsthaftigkeit und auch in den Reihen der Politiker gibt es kaum noch Witzbolde. Wie auch? Wir sind in keiner fröhlichen Zeit

des Aufbruchs – wo wir auch hinschauen in der Welt, blicken wir auf schwere, zuweilen kaum mehr zu begreifende Probleme. Wie anders als ernsthaft kann man an sie herangehen? Das ist die eine Seite.

Aber: Wie anders als mit einer unbändigen Lust auf und am Leben sind die Probleme wirklich zu lösen? Das ist die andere Seite. Zur Lust am Leben und zum Willen am Gestalten gehören für mich unbedingt eine Portion Humor und Leichtigkeit. Beides hat mir zuletzt Bill Bryson mit „Streiflichter aus Amerika“ bestätigt, einem Buch, in dem er – am Beispiel der USA – mit einzigartig charmantem Humor unser Alltagsleben verfolgt und uns so ein biss-

chen Distanz zu uns selbst schenkt. Kann man aber mit Humor auch Antworten auf ernsthafte Fragen geben? In „Eine kurze Geschichte von fast allem“ versucht Bryson sich an einem „schwerwiegenden“ Thema, indem er den Antwortversuchen der Naturwissenschaft auf unsere wunderbare Welt nachspürt. Mir scheint nach dem ersten Quer- und Anlesen, dass es ihm gelungen ist, uns auch von diesem Bereich der Weltgeschichte eine sehr amüsante Sichtweise zu vermitteln. Wieder einmal zeigt er damit einen Weg, wie es leichter wird, scheinbar erdrückenden Problemen zu begegnen.

Bill Bryson, Eine kurze Geschichte von fast allem, 672 Seiten, Goldmann Verlag, München 2004, 24,90 Euro.

Margrit Wetzel, SPD, Jahrgang 1950, gehörte dem Bundestag von 1990 bis 1994 und wieder seit 1998 an. Sie ist Mitglied im Verkehrsausschuss und stellvertretendes Mitglied im Wirtschaftsausschuss.

margrit.wetzel@bundestag.de
www.margritwetzel.de

I M P R E S S U M

Herausgeber: Deutscher Bundestag

Chefredaktion:

Stefan Thomas (Leiter Referat Öffentlichkeitsarbeit)

Redaktion:

Klaus Lantermann, Dr. Heiko Fiedler-Rauer
bei MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH
Wassergasse 3, 10179 Berlin
Telefon: (030) 650 00-200, Fax: (030) 650 00-222
E-Mail: lantermann@media-consulta.com

Koordination:

Herbert Fleischhauer (Referat Öffentlichkeitsarbeit)
Telefon: (030) 227-378 68, Fax: (030) 227-365 06
E-Mail: herbert.fleischhauer@bundestag.de

Beauftragte Agentur: MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH

Geschäftsführung: Dipl.-Kfm. Harald Zulauf

Art Direction: Hans-Dieter Großjohann, Tobias Niering

Online-Produktion: Jan Scharein

Produktion: Ivan Perez

Lektorat: Katleen Krause

Abonnement und Vertrieb:

Sarina Neumann
Fax: (030) 65 000-350
E-Mail: s.neumann@media-consulta.com

Druck:

Jungfer Druckerei und Verlag GmbH, Herzberg am Harz

Redaktionsschluss: 28. Mai 2004

Die Texte aus BLICKPUNKT BUNDESTAG
gibt es auch im Internet unter www.bundestag.de
oder www.blickpunkt-bundestag.de

Ein Nachdruck der Texte mit Quellenangabe kann kostenlos
vorgenommen werden, jedoch wird um Zusendung eines Beleg-
exemplars gebeten. Die Beiträge in den Rubriken Essay und Forum
geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Fotos und Grafiken:

Deutscher Bundestag: S. 6-9, 17, 18, 31, 37-40, 46, 47, 48;
Birgit Kentler (Grafik): S. 37-44; Jens Liebchen: S. 45;
Marc Mendelson (Grafik): S. 37, 39, 41;
Phalanx Fotoagentur: S. 20-29, 30 (1), 42-44;
picture-alliance: S. 2, 9 (1), 36, 45 (1), 46 (1); Privat: S. 3;
studio kohlmeier: Titel, S. 1, 2, 4-5, 10-13, 14-15, 16, 30 (2), 33-35;
Ullstein Bild: S. 16, 41

Anschrift für die Post unserer Leser:

BLICKPUNKT BUNDESTAG
c/o MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH
Wassergasse 3, 10179 Berlin
Fax: (030) 650 00-190
E-Mail: blickpunkt@media-consulta.com

www.blickpunkt-bundestag.de

Mitmischen.de Das Jugendforum des Bundestages

Seit Anfang Juni ist das neue Jugendportal des Deutschen Bundestages online. Unter www.mitmischen.de wird vor allem Jugendlichen und jungen Erwachsenen die Chance geboten zu sagen, was sie denken. Und Abgeordnete des Bundestages hören ihnen zu. Manchmal antworten sie auch und fragen die Nutzer nach ihrer Meinung. Diese „Fraktion Mitmischen“ knüpft den direkten Draht zum Bundestag.

Die registrierten Nutzer von www.mitmischen.de können ihre Meinung auch in Live-Chats und Abstimmungen einbringen und den Abgeordneten ihre Verbesserungsvorschläge unterbreiten.



www.mitmischen.de